

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 46. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 10/11 2011

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–14

Einwanderung, Überfremdung und Über- völkerung stoppen mit den Schweizer Demokraten

**Am 23. Oktober 2011 SD-Liste wählen
in den folgenden Kantonen:**

- **Aargau Liste 8**
- **Baselland Liste 9**
- **Bern Liste 16**
- **Luzern Liste 20**
- **Vaud/Waadt liste 3**
- **Zürich Liste 25**

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie leere Linien
auf unseren Wahllisten leer lassen.

POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Für den **Ständerat** kann man in den Kantonen, wo wir eine eigene Nationalratsliste haben auch die beiden Spitzenkandidaten der Nationalratsliste auf die Ständeratsliste setzen (in BL ist nur ein Ständerat zu wählen). **Aargau: René Kunz und Lidwina Wiederkehr / Bern: Robert Meyer und Andreas Beyerler / Baselland: Josua M. Studer / Luzern: Thomas Blättler und Markus Zimmermann / Vaud/Waadt: Robert Gurtner et Chantal Rodriguez / Zürich: Patrick Blöchlinger und Walter Wobmann!**

In den andern Kantonen hilft auch für die Ständeratswahl www.smartvote.ch weiter!

In Kantonen, wo wir keine eigene Nationalratsliste haben, kann man www.smartvote.ch zur Hilfe nehmen. Sie müssen Antworten auf Fragen anklicken und dann zeigt Ihnen das System am Schluss diejenigen Kandidierenden, die Ihnen am Nächsten stehen. Bitte nur einzelne Leute wählen, die Ihnen nahe stehen. Keine vollständige Liste einer andern Partei einlegen.

Spendenaufruf

Um unsere Arbeit fortführen zu können, benötigen wir Geld. Es läuft momentan die Unterschriftensammlung für unsere SD-Initiative «für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung». Ausländer stabilisieren, dann Ausländerabbau! Unterstützen Sie die Sammlung aktiv und spenden Sie mit dem beigelegten Einzahlungsschein. Wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihren Beitrag!

*Rudolf Keller, e. Nationalrat und SD-Zentralpräsident
Dr. Michel Dupont, SD-Zentralvizepräsident
Gemeinderat Christoph Spiess, SD-Zentralvizepräsident*

SD: Vorrang für Einheimische!

Inhalt

- 2 Auf dem Weg in die «Vereinigten Schuldenstaaten von Europa»?
- 4 Leben und Umwelt
- 6 Die SVP auf Abwegen
- 7 Verdichtetes Bauen
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Zurück zu einer stolzen Schweiz
- 12 Alter schützt vor Torheit nicht!
- 15 Leserbriefe

In der Schuldenfalle – 2. Teil

Auf dem Weg in die «Vereinigten Schuldenstaaten von Europa»?



Robert Meyer,
Stadtrat,
Präsident SD
Stadt Bern,
Bern

Weshalb sind die EZB-Aufkäufe von Staatsobligationen ein Tabubruch?

Die Rettungsaktionen laufen auf zwei Ebenen: Erstens die Rettungsschirme und Rettungspakete, beschlossen durch Exekutivpolitiker, abgesegnet durch Parlamente. Da die Politik z.B. beim Hochschiesen der italienischen und spanischen Kreditzinsen zu wenig schnell reagieren konnte, schaltete sich als zweite Rettungsinstanz die Europäische Zentralbank EZB ein – oder wurde von der Politik dazu instrumentalisiert. Diese kann rasch handeln und muss nicht mühsame zeitraubende demokratische Prozesse berücksichtigen. So begann die EZB in grossem Umfang griechische, irische, portugiesische, aber auch spanische und italienische Staatsanleihen zu einem höheren Kurs als jener des Marktes aufzukaufen. Ländern, die am Markt ihre Schulden nicht mehr platzieren können (oder einen exorbitanten Zins zahlen müssten), wird so vorübergehend geholfen. Der Tabubruch besteht darin, dass hier nicht ein Marktteilnehmer mit «vorhandenem» Geld, sondern die EZB als Herausgeberin der Eurowährung die Schulden von Staaten übernimmt. Damit fliesst «neues» Geld in den Geldkreislauf, das es vorher nicht gab. Während Wertschriftentransaktionen unter Privaten und Banken geldmengenneutral sind, wird hier die Geldmenge erhöht. Wo dies eine nationale Notenbank wie US Federal Reserve oder die Bank of England macht, zeigt es sich noch deutlicher: Der Staat macht Schulden bei sich selbst – ein wirtschaftliches Unding. Die Wirkung ist dieselbe wie beim sprichwörtlichen «Anwerfen der Notgeldpresse» – die Geldmenge im Umlauf wird ausgeweitet. Deshalb sind zwei prominente deutsche EZB-Präsidiumsmitglieder zurückgetreten; bei den Deutschen ist aufgrund ihrer historischen Erfahrung der Zwanzigerjahre (Hyperinflation) das Bewusstsein noch stärker, welch Tabubruch dies darstellt. Zur Beruhigung wird behauptet, die

neue Liquidität werde später, wenn die Krise vorüber sei, wieder «abgeschöpft», um Inflation zu verhindern. Die historische Erfahrung zeigt aber, dass das Zurückfahren der Geldmenge ungleich schwieriger ist als das Hochfahren. Es ist, als müsste man die aus einer Tube ausgepresste Mayonnaise wieder in die Tube hinein kriegen. Eine Geldmengenreduktion wird zudem von der Politik nicht unterstützt, solange Rezessionsängste im Raume stehen.

Die Rolle der Ratingagenturen

Drei amerikanische Ratingagenturen (Standard & Poor's, Moody's und Fitch) beherrschen bekanntlich den Markt. Beim Platzen der amerikanischen Immobilienblase im Jahr 2008 hat das Ansehen dieser Agenturen ganz gewaltig gelitten; ja sie gelten zu Recht als massgeblich mitschuldig an der Finanzkrise. Gegen gute Honorare stellten sie Hypothekarprodukten lange Zeit die Bestnote AAA aus, mit denen dann die hohen Risiken des amerikanischen Hypothekengeschäfts, versehen mit dem Triple-A-Gütesiegel, vorwiegend an europäische Investoren weitergegeben wurden.

In der jetzigen Krise sind die Ratingagenturen für viele Politiker wiederum ein Hauptschuldiger. Diese Sicht greift zu kurz. Nur weil sie früher gewisse Papiere zu gut bewerteten, heisst das noch lange nicht, dass sie jetzt Staaten zu schlecht bewerten. In diesem Segment kassieren die Ratingagenturen im Übrigen auch keine hohen Honorare. Vermutlich sind die Bonitätsnoten der Agenturen für diverse Euro-Länder angemessen. Dass Griechenland eine Stufe über D wie Default (= Konkurs) bewertet wird, erweist sich in diesen Tagen als realistisch. Wer die Schuld am ganzen Schlamassel den Ratingagenturen gibt, will quasi den Überbringer der schlechten Botschaft bestrafen. Was wohl zutrifft, ist, dass die drei amerikanischen Agenturen systematisch amerikanische Banken besser beurteilen als europäische. Als Teil der US-Finanzindustrie sind sie interessiert, Investorengeld in die USA zu locken. Es stimmt auch, dass Europa gut getan hätte, eine eigene Ratingagentur zu gründen. Dies hätte aber vor Jahren geschehen müssen. Jetzt, wo die Länderratings in den Keller gehen, nach einer neuen (etwa noch staatlichen) europäischen Agentur zu rufen, wirkt hilflos. Das Motto kann doch nicht lau-

ten «Wenn der Fiebermesser ein zu hohes Fieber anzeigt, muss ein neuer Fiebermesser her». Auch ist es naiv, zu meinen, die Märkte würden einer staatlichen europäischen Ratingagentur ihre Ratings von europäischen Staaten für bare Münze nehmen.

Die Ratingagenturen sind relativ kleine Unternehmen, die eine ungeheure Macht erlangt haben, eine Macht, die ihnen selbst nicht geheuer ist. Ein Grund ist, dass viele Investoren (z.B. Pensionskassen, Versicherungsgesellschaften) für ihre Anlagepolitik fixe Vorschriften mit Verweis auf die Ratings erliessen, das heisst eine Anlage zwingend verkaufen müssen, wenn das Rating sinkt. Auch beeinflusst ein «Downgrading» die Zinskosten der Staaten massiv. Ein Rating der Agenturen sollte deshalb wieder als das genommen werden, was es ist: Eine Meinung über die Fähigkeit und den Willen eines Schuldners, seine Schulden zurückzuzahlen. Eine Meinung und nicht mehr. Jeder, der Geld investiert, täte gut daran, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Sind die bösen Spekulanten Schuld?

Ein weiterer Sündenbock vieler Politiker sind die «Spekulanten». Da müsste erst mal genau definiert werden, wer ein Spekulant ist. Der Markt besteht aus unzähligen Marktteilnehmern mit ihren Einschätzungen, Hoffnungen und Ängsten. Ist, wer Euros verkauft, weil er im Euroraum zu Recht mit Inflation rechnet, ein Spekulant? Wohl kaum. Natürlich gibt es die Spekulation im engeren Sinne. Fachleute bezweifeln jedoch, dass diese den Markt derart beherrscht, wie behauptet wird. Ein Verbot von Leerverkäufen (Derivathandel, ohne im Besitz des Basiswertes zu sein) ist hingegen eine gute Idee, da es die Märkte wieder realitätsnaher und weniger volatil machen würde.

Ein Hauptproblem: die Grösse der Finanzmärkte stieg ins Absurde

Nicht einzelne böse «Spekulanten» sind das Hauptproblem, sondern die heutigen Finanzmärkte als Ganzes, bzw. ihre Grösse und ihre Abkoppelung von der Realwirtschaft. Man schätzt, dass es auf der Welt (in Dollar ausgedrückt) ca. 65 Billionen Dollar an «Geld im engeren Sinne» (Bargeld und Bankkontoguthaben) gibt. Inzwischen gibt es aber ca. 950

Billionen Dollar an Vermögenswerten in Form von Wertpapieren verschiedenster Art (Obligationen, Aktien, strukturierte Produkte, Derivate, etc.). Dieses Missverhältnis ist in den letzten 10 Jahren gewaltig angewachsen.

Am Beispiel des Fremdwährungshandels zeigt sich das Problem exemplarisch: Vor z.B. 40 Jahren wurden Fremdwährungen dann gekauft, wenn man sie effektiv brauchte. Der Tourist kaufte Dollar, wenn er in die USA in die Ferien flog. Die Industrieunternehmen kauften eine Fremdwährung, um damit Rohstoffe aus dem Ausland zu bezahlen. Heute besteht der Fremdwährungshandel zu ca. 97% aus Spekulation, das heisst aus dem Kaufen oder Verkaufen von Währungen aufgrund von Zukunftserwartungen. Die Schweiz erlebt aktuell, was dies bedeutet: Ein Euro hat kaufkraftmässig ca. Fr. 1.40 wert, womit der Kurs «fundamental» bei 1.40 liegen müsste. Dass er zeitweise auf die Parität von einem Franken absackte, hatte rein mit dem Charakter des Schweizer Frankens als sicherer Hafen, mit den Zukunftserwartungen von Anlegern in Sachen Geldwertstabilität zu tun. Das genannte Missverhältnis der Finanzwerte zu den Realwerten bewirkt, dass Märkte irrational werden, sich von der Realwirtschaft abkoppeln.

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Inflation

Kommen neue Euros in den Umlauf, ohne dass die Wirtschaft entsprechend wächst, verliert der einzelne Euro an Kaufkraft – es entsteht Inflation. Auch wenn es etwas komplizierter ist: früher oder später spielt, das zeigt auch die historische Erfahrung, dieses einfache Gesetz. In Wahrheit spielen Dinge wie die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (wird Geld gehortet oder ausgegeben?), die Konjunktur, die Kreditvergabepolitik der Banken und Weiteres eine Rolle. Früher oder später, meist mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung von ca. 2 Jahren, setzt sich das genannte einfache Gesetz immer durch. So hat denn auch im Euroraum die Inflation bereits auf 2,5% angezogen.

Sind Eurobonds eine Option? – Auf dem Weg in die Transferunion

In der Not taucht die Idee auf, die problematischen staatlichen Schuldanleihen durch einheitliche

Anleihen der Europäischen Union, Eurobonds, zu ersetzen. Die Idee hat gleich zwei Pferdefüsse: Die EU selbst zieht keine Steuern ein, weshalb kein Anleger der EU an sich Geld leihen würde. Vielmehr müssten alle Euroländer, insbesondere die «reichen» wie Deutschland, für solche Eurobonds solidarisch garantieren. Die Eurobonds würden nicht weniger als die Transferunion einführen. Dies heisst einerseits: Reiche Länder garantieren für arme Länder und springen bei Zahlungsunfähigkeit ein. Noch massiver sind die Folgen beim Zinsendienst: Eurobonds hiesse ein einheitlicher Zinssatz für alle Euroländer. Für Deutschland hat man ca. 30 Milliarden höhere Zinskosten errechnet. Mit der Transferunion, ob sie nun mittels Eurobonds oder mittels Transferzahlungen funktioniert, fielen für die südlichen Schuldenländer der Anreiz dahin, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. Es geht nicht nur um die Frage, ob relativ reiche Länder bereit sind, riesige Beträge nach Südeuropa zu pumpen. Selbst wenn sie dazu bereit wären: Es geht auch um die Frage, ob eine Transferunion auf längere Sicht von der Anreizstruktur her funktionieren würde. Ökonomen sind da skeptisch, zumal die Arbeitsmoral und die Wirtschaftskraft zwischen Nord- und Südeuropa alles andere als angenähert sind.

Deutschland, Zahlmeister Europas, wie lange noch?

Entscheidend ist, wie sich die politische Debatte in Deutschland entwickelt. Nicht nur die Milliardenbeträge an sich machen Angst, es stösst dem deutschen Bundestag zu Recht auch bitter auf, dass er quasi eines seiner wichtigsten Rechte, das Haushaltsrecht, selbst aufzugeben hat, indem er weit in die Zukunft reichende Bürgschaften eingehen soll. So wird auch die Budgethoheit eines späteren Parlaments ungebührlich eingeschränkt. Gut möglich ist auch, dass ein kleines Zahlerland wie die Slowakei, Finnland oder die Niederlande plötzlich die Reissleine zieht. Und wenn einmal Land A nicht mehr garantieren will, fragt sich bald Land B und C, weshalb es dann noch soll. Die Rettungseuphorie könnte schneller als erwartet zusammenbrechen.

Kann man Länder wie Italien oder Spanien retten?

Grundsätzlich haben Rettungsaktionen nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn ein Land ein gutes wirtschaftliches Potenzial hat und zudem den Willen, rigorose Sparanstrengungen jahrelang durchzuziehen. Es gibt Beispiele – die baltischen Staaten – wo so etwas funktioniert. Fehlt beides, wie im

Fall Griechenland, reiten Sparpakete ein Land nur in eine tiefe Rezession, was die Steuereinnahmen erst recht einbrechen lässt. Bei Italien und Spanien stellt aber auch die Grösse dieser Länder, bzw. die Grösse ihrer Schuldenberge eine Grenze dar. Solche Länder kann man nicht retten, selbst wenn man wollte. Zu bedenken ist, dass der zweitgrösste Garant der Rettungspakete Frankreich ist, das selbst ein Problemfall werden könnte. Zählen wir nur schon die Anzahl Problemländer (ganz Südeuropa plus Frankreich plus Belgien) und stellen diese den «reichen» Ländern (Deutschland, Niederlande, Finnland und ein paar kleine Länder) gegenüber, zeigt sich, dass irgendwo die Grenze der Rettungsmöglichkeit erreicht ist.

Stellt die Krise den Kapitalismus in Frage?

Bevor wir die Frage zu beantworten versuchen: Halten wir fest, dass im Moment der reine Kapitalismus gar nicht mehr existiert. Der hätte bedeutet: Der Markt hat immer recht; wer Fehler macht, geht unter. Mit der Rettung der Grossbanken hat man sich von dieser reinen Kapitalismusidee verabschiedet. Wir haben zurzeit eine seltsame Mischung aus Kapitalismus und Halbverstaatlichungen. Wer die ehemaligen kommunistischen Länder erlebt hat, zweifelt nicht daran, dass es der Kapitalismus wesentlich besser schafft, materielle Güter in ausreichender Menge und hoher Qualität zu produzieren und zudem stets neue Produkte nach den Wünschen der Konsumenten zu lancieren. Dennoch beginnen auch Nicht-Anti-Kapitalisten in diesen Monaten zu zweifeln, ob mit dem Kapitalismus noch alles stimmt. In einem nämlich hatte Karl Marx recht: Im Kapitalismus gibt es zwangsläufig eine Kapitalakkumulation bei wenigen, gibt es eine sich selbst verstärkende Anhäufung von zuerst realen, aber immer irrealer werdenden Vermögenswerten. Anders gesagt: Der Kapitalismus funktioniert lange Zeit prima, hat aber eine selbstzerstörerische Tendenz in sich eingebaut. Diese sehen wir seit drei Jahren am Werk.

Die Frage muss eher lauten: Wie bändigen wir den Kapitalismus? Oder auch: Welchen Kapitalismus wollen wir? In der US-amerikanischen Politik wird dies oft durch das Gegensatzpaar «Wall Street» und «Main Street» ausgedrückt. Mit Main Street ist die Hauptstrasse eines Städtchens gemeint, wo die Geschäfte des Gewerbes stehen; ein Gewerbe, das reale Güter und Dienstleistungen anbietet, im Gegensatz zur fiktiven und unproduktiven Welt der Finanzwerte. Gemeint ist: Der Kapitalismus der kleinen Unternehmer ist

gut, was das Problem ist, ist die Hydra der Finanzindustrie, symbolisiert durch den Begriff «Wall Street». Heute behauptet wohl keiner mehr, im Kapitalismus würde die «unsichtbare Hand des Marktes» (Adam Smith) stets (ohne staatliche Regulierung) jegliche Probleme früher oder später selbst lösen. Zu eklatant haben gerade diese Marktkräfte versagt.

Zwei Gründe für Finanzkrisen: Sehr hohe oder sehr tiefe Zinsen

Werfen wir den Blick etwas weiter zurück auf frühere Krisen, so fällt auf, dass eine wesentliche Ursache beim Zinsniveau liegen könnte. Wir stellen nämlich fest, dass Krisen stets bei sehr hohen oder sehr tiefen Zinsen auftreten. Da gibt es die spekulativen Blasen (Finanzkrisen in Mexiko, Russland, Südostasien oder als neuestes Beispiel Island), wo angeheizt durch sehr hohe Zinsen viel Geld in ein Land fliesst, bis die Blase platzt.

Die zweite Art von Krise wird massgeblich durch «zu billiges Geld», das heisst durch die Tiefzinspolitik der Nationalbanken verursacht. Diese glauben, der Wirtschaft etwas Gutes zu tun, bzw. eine Rezession zu verhindern, indem sie die Zinsen tief halten. Tiefe Zinsen können in kritischen Phasen tatsächlich der Wirtschaft helfen. Voraussetzung ist aber, dass Innovations- und Investitionswille da ist. Ist die Stimmung depressiv, will niemand investieren, nützen auch Tiefzinsen wenig, wie Japan zeigt, dass seit 15 Jahren wirtschaftlich stagniert. Mit Tiefzinsen wollen die Notenbanker die Geschäftsbanken ermuntern, Kredite an die Industrie zu vergeben und diese ermuntern, Investitionen zu tätigen. Bei fehlendem Vertrauen und ungewissen Zukunftsaussichten funktioniert dies jedoch nicht. In Finanzkreisen sagt man: «Man kann die Kuh zur Tränke führen, saufen muss sie selbst.»

Wenn nun das viele billige Geld nicht in die Industrie fliesst, fliesst es anderswo hin, zum Beispiel in den amerikanischen Immobilienmarkt. Die Krise von 2008 war massgeblich von der US-Notenbankpolitik, durch zuviel, zu billiges Geld, mitverschuldet worden.

Lösungen gibt es, aber nicht einfache

Einen Lösungsansatz zum Vermeiden künftiger Krisen hätten wir also: Das Fixieren des Zinsniveaus auf einem vernünftigen Level. Da unterschiedlichen Schuldnerbonitäten weiterhin Rechnung getragen werden müsste, ist ein Zinsband nötig. Wenn man gesetzlich die Zinsen sagen wir zwischen 2% und 5% einfriert, hätten wir zwei Probleme ge-

löst: Es kann kein Unternehmen zu billig (das heisst unter 2%) Geld aufnehmen, womit die Gefahr kleiner wird, dass Unternehmen und Banken mit zu billigem geliehenen Geld unverantwortlich umgehen. Auf der anderen Seite müsste kein Unternehmer unter einem unverhältnismässigen Zinssatz von über 5% ächzen. Steigt der Marktzins eines Unternehmens oder eines Landes bonitätsbedingt über 5%, dürfte es schlichtweg keine neuen Schulden aufnehmen.

Die Politik der EU in der aktuellen Krise zeigt Aktionismus, ohne dass klar ist, wohin die Reise geht. Der Weg der rigorosen Sparpakete wird bei den meisten Ländern nicht funktionieren. Der Weg in die Transferunion ist politisch äusserst umstritten. Interessant und bedenkenswert ist der Vorschlag, den Euro durch zwei Währungen (Nord-Euro und Süd-Euro) zu ersetzen. Der Kern des Problems ist ein riesiger Berg von Schulden. So bleibt nur die Vermögensvernichtung, das heisst Total- oder Teilbankrotte von Staaten. Ein solches Szenario macht uns Angst und erscheint uns unvorstellbar, weil wir es seit einigen Generationen nicht mehr erlebt haben. Historisch gesehen ist es aber durchaus normal. Zusammenbrüche von Finanzsystemen mit gewaltiger Vermögensvernichtung finden historisch etwa alle 150 Jahre statt, insbesondere bei einem reinen Papiergeld-System ohne Golddeckung.

Staatliche Insolvenzen können als chaotische Zusammenbrüche ablaufen. Oder sie werden durch Vorbereitung, z.B. Schaffung von Insolvenzregeln für Staaten, in geordnete Bahnen gelenkt. Auch wenn heute fast alle Politiker über dies nicht einmal sprechen wollen, werden wir solche Szenarien vermutlich erleben.

Endziel «Vereinigte Staaten von Europa»

«Kein Euroland haftet für die Schulden eines andern Eurolandes.» So steht es im Maastricht-Vertrag. Nicht dreist genug, dass man eine zentrale Vertragsbestimmung nun einfach über Bord werfen will. Jetzt melden sich europophile Politiker und wollen das Schlamassel gleich noch zum Anlass für eine «Vertiefung» der EU instrumentalisieren. Der Euro, die geplante Transferunion könne nur mit einer gemeinsamen Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzpolitik funktionieren. Also muss eine gesamteuropäische Regierung mit massgebenden Kompetenzen her. Und die EU solle eigene Steuern einkassieren. Dies geht schnurstracks in Richtung Eigenstaatlichkeit der EU, in Richtung Vereinigte Staaten von Europa. Was die EU-Strategen natürlich schon immer wollten, aber den Bürgern nie zu sagen wagten.



Migrantenströme bedrohen unsern Lebensraum

Ohne Natur – kein Leben

«Bis zum Jahre 2000 werden 50 Prozent der Pflanzen und Tiere unwiderruflich verschwunden sein», ist die Aussage der Naturschützer und weiter: «Wir machen, was wir können; trotz des Einsatzes sterben immer mehr Arten dahin.» Der Präsident der Grünen am Radio: «Man muss den Sachen und Fragen an die Wurzel gehen.»

Die Aktion «Schmetterling» des Schweizerischen Naturschutzbundes will auf das lautlose Sterben von 102 Falterarten (von 180) aufmerksam machen. Die Vogelwarte Sem-pach warnt, der Lebensraum fehle mehr und mehr, über ein Drittel der Brutvögel sei am Aussterben. Ärzte klagen, immer mehr Lungen- und Atemwegserkrankungen, immer mehr Allergien plagten Kinder und alte Menschen. Wenn aber Tiere und Pflanzen sterben, ist auch der Tod des Menschen nicht mehr weit. Ohne gesunde Natur – kein gesundes, menschliches Leben.

Zeichen an der Wand

Sind nicht genug anklagende Zeichen an der Wand? Es kann und darf nicht weitergehen mit der Ausbeutung unserer Lebensbasis. Verdrängung, Verkarrung und Vergiftung der Kreatur, die Anhäufung von mehr und mehr Giften und Abfallstoffen in allen Bereichen des Lebens: in der Luft, im Wasser, im Boden, in der Nahrung, in den Tieren und Menschen muss ein Ende haben. Die gestörten Naturkreisläufe vermögen die vielen anfallenden Gifte und Abfälle nicht mehr zu regenerieren, weil es ganz einfach zu viele sind. Die schleichende Vergiftung (z.B. Übersäuerung) wird täglich schlimmer.

Wer ist denn einäugig?

«So kann es, so darf es nicht weitergehen», sagen viele. Wo aber bleibt die Konsequenz? Wo die Wurzel, an die Grüne gehen möchten? Stets steigende Ansprüche und immer mehr Menschen auf der gleichen Grundfläche sind Ursache: Umweltschutz und Bevölkerungsdichte haben einen klaren, statistisch ausgewiesenen Zusam-

menhang. Warum sind die Parteien nicht ehrlich? Warum sagen sie nicht, was gesagt werden müsste: Die Umweltbelastung steigt mit dem Ausstoss pro Giftquelle und ganz wesentlich und entscheidend mit der Anzahl Menschen (= Verursacher). Wie also können Grüne die Umwelt schützen und gleichzeitig behaupten, es komme nicht darauf an, ob in unserem Lande 10 Millionen leben?

Wenn nur die Kasse stimmt

Wachstum soll noch mehr Industrie bringen. Was aber nützen neue Betriebe, wenn sie Arbeitsplätze für immer neue Heere von Einwanderern und Grenzgängern schaffen? Beachten wir die Parkplätze von hochgejubelten, neuen Betrieben im Oberthurgau; wie gross ist der Fahrzeuganteil mit D- oder A-Kennzeichen? Nebst der Umweltbelastung ist solches Wachstum völlig sinnlos und selbstzerstörerisch. Es ist schuld an den wahnsinnigen Bodenpreisen. Diese drücken auf alle Produktionsbereiche durch und zwingen z.B. Bauern zur Intensivnutzung. Intensivnutzung heisst Dünger und Spritzmittel. 10 bis 15 Prozent davon finden sich im Wasser als Nitrate und Sulfate. Sie sind krebserregend, intensivieren das Algenwachstum im See usw. Wir verlangen als einzige Partei endlich einen Einwanderungsstopp, ein Ende des Raubbaus und des Wirtschaftswachstums auf Kosten der Gesundheit, auf Kosten des Volkes und nur dem Mammon zuliebe. Wir wissen gar nicht, was wir in Tat und Wahrheit unseren Kindern schulden.

Jeder ist Verursacher

Jeder Bewohner braucht durchschnittlich 200 Quadratmeter Kulturland, Strassen, Plätze, Schulen, Spitäler, Wasserwerke, Sport- und Spielstätten, produziert rund 100'000 Liter zu reinigende Abwasser, 2000 Liter zu entsorgende Abfälle. Abgase und Schwefelrückstände von 2000 Litern Heizöl alleine für den Arbeitsplatz. Rückstände, Gifte und Lärm von

1000 Litern verfahrenem Benzin, braucht 4000 Kilowattstunden Elektroenergie und vieles mehr (pro Jahr), zum Beispiel Wald, Wiesen und Felder zur Erholung. Umweltschutz und Einsatz für unsere Natur muss reine Kosmetik bleiben, wenn die Frage der Bevölkerungsdichte – aus welchen Gründen auch immer – ausgeklammert wird. Für uns ist ein totgeschundener Igel nicht einfach eine Kreatur ohne Chance, vielmehr bedeuten sinnlose Tiermorde vor allem durch die Beraubung naturbedingter Freiräume der Tiere und Pflanzen durch den «Schöpfungskönig» Mensch einen schwerwiegenden Frevel, der längerfristig und unseren Kindern zum Fluche werden

muss. (...) Niemand muss unser Land verlassen. Aber es soll auch keine neue Einwanderung erfolgen. Fremde sollen integriert werden; der Schlüssel dazu ist unsere Sprache. Assimilierung ist dort völlig unmöglich, wo Schweizer Kinder oder Schweizer Arbeiter zu Einzelgängern geworden sind. Ausländeranteile von 50 bis 95 Prozent machen alle Bemühungen zunichte – in Schulen, Kindergärten oder am Arbeitsplatz; die Fremden bilden Gruppen und Gettos.

Auch diese Fakten wollen viele nicht gelten lassen; der kurzfristige Profit oder die ideologischen Ziele sind wichtiger, leider.

Aus: Bote vom Untersee

Bevölkerungsprognosen Schweiz bis 2060

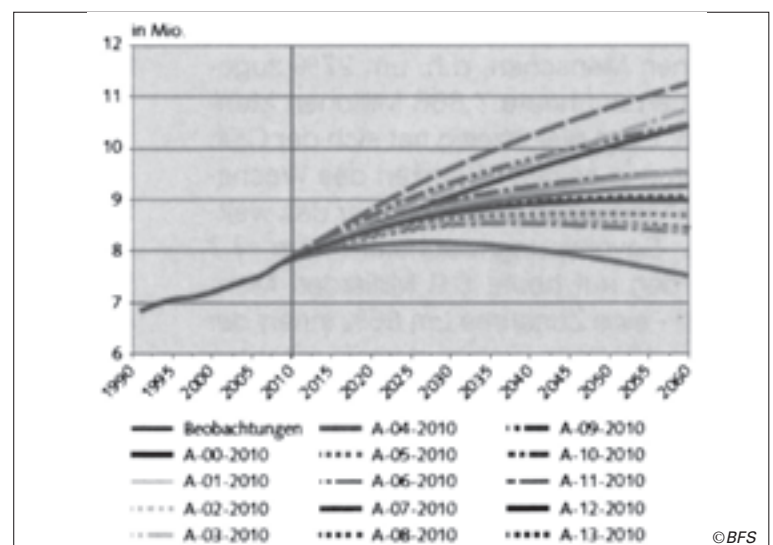
Die Bevölkerung der Schweiz wird in den nächsten 50 Jahren zur Hauptsache wegen der Einwanderung weiter zunehmen. Ein Drittel davon wird ausserdem über 65 Jahre alt sein.

Das Bundesamt für Statistik hat im Jahre 2010 erstmals wieder eine Reihe von Szenarien für die Zeit von 2010 bis 2060 erarbeitet, welche nicht zuletzt für die Politik Entscheidungsgrundlagen etwa in den Bereichen Rentensysteme, Raumplanung und der Energieversorgung liefern sollen. Das «mittlere Szenario» sieht eine ungebremste Zuwanderung in der Gröszenordnung des Durchschnitts der letzten fünf Jahrzehnte, eine sich stabilisierende Geburtenrate (etwas mehr als 1,5 Kinder pro Frau) und einen Anstieg der Lebenserwartung um etwa sechs Lebensjahre vor. Das Ergebnis: Die Bevölkerung der Schweiz nimmt bei diesem «mittleren Szenario» bis 2060 zu, und zwar von heute 7,8 Millionen auf dannzumal 9 Millionen Personen. Am Ende dieses Zeit-

raums wird der Saldo der Zuwanderung dann den ab dem Jahr 2032 erwarteten Sterbeüberschuss nicht mehr kompensieren können, so dass sich die Einwohnerzahl stabilisieren wird.

Ziemlich anders sehen die Verhältnisse im «hohen Szenario» aus, das angesichts des hohen Wanderungssaldos der letzten Jahre nicht unrealistisch erscheint: Bei ebenfalls ungebremster Einwanderung resultiert ein doppelt so hoher Migrationssaldo; eine wieder zunehmende Geburtenrate und eine noch stärker ansteigende Lebenserwartung führen dazu, dass die Gesamtbevölkerung bis 2060 auf 11,3 Millionen ansteigen wird. Umgekehrt ergibt sich aus dem «tiefen Szenario» (das heisst Wanderungssaldo ab 2030 gleich null, Sterbeüberschuss ab 2019) ein Rückgang der Einwohnerzahl der Schweiz auf noch 6,8 Millionen bis 2060.

Aus: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2010–2060, BFS Neuchâtel 2010



Wird die Schweiz immer enger?

Eine Prognose der Credit Suisse für das Jahr 2020

Die Bank Credit Suisse hat eine Studie erstellt, die den Zustand der Schweiz anno 2020 voraussagen möchte unter der Voraussetzung, die Trends der bisherigen Boomjahre würden sich auch in der nahen Zukunft fortsetzen. Vorausgesagt werden Vorteile, aber auch Nachteiliges.

Selbstverständlich wird ein allgemeines Wachstum prognostiziert. Die Schweiz soll dazumal runde 9 Millionen Einwohner beherbergen. Der Ausländerbestand werde auf 30 Prozent anwachsen. Ein entsprechendes Wirtschaftswachstum werde eine weitere Million Leute in unser kleines Land locken. Es würden weiter pro Sekunde ein Quadratmeter Land verbaut. Pro Tag sind das zehn Fussballfelder. Kritiklos wird dieses Wachstum als grundsätzlich erfreulich dargestellt. Es entstünden 600'000 neue Arbeitsplätze in den Branchen Gesundheit, Spitzenindustrie, Finanzdienstleistungen und Umwelttechnologie, meint Ökonom Martin Neff.

Immerhin geben die Verfasser auch zu, dass damit einige Nachteile verbunden wären. Da das Bauland knapp würde, würden auch die Preise steigen. Für die Miete einer Dreizimmerwohnung an zentraler Lage wären monatlich 3000 Franken zu bezahlen, schätzt Neff. Das Gedränge der Pendlerströme würde die Schmerzgrenze errei-



chen, warnt der Professor für Verkehrssysteme Ulrich Weidmann. Pendlerzüge, Trams und Busse in den Städten wären überlastet. Schlimmer als auf den Schienen würde es auf den Strassen zugehen, und niemand wolle an einer Autobahn wohnen. Von den Steueroasen zu den Arbeitsorten wäre wegen der Überlastung kein Durchkommen mehr. Das Pendeln werde nicht nur teuer, sondern auch mühsamer werden.

Wollen wir das?

Verkürzter Bericht von Erika Burri

Ursachenverdrängung

jhd. Der Zürcher «Tages-Anzeiger» brachte es zu Stande, im Juli 2011 eine achteilige (!) Serie über die «verbaute Schweiz» zu veröffentlichen, ohne auch nur ein Wort über die Masseneinwanderung zu verlieren!

Raumnot der Pfadfinder

jhd. Den Schweizer Pfadfindern fehlt es an Plätzen für ihre Lager, weil viele ihrer traditionellen Lagerplätze überbaut wurden oder sonstwie für andere Aktivitäten benötigt werden. Nun planen sie, selber Plätze zu pachten oder zu kaufen, wo sie ihre Zelte aufstellen können. Allerdings ist es fraglich, ob sie diese Pläne auch ausführen können, weil aus den gleichen Gründen der Boden in der Schweiz immer teurer wird. So berichtet Rolf Steiner, der Sprecher der

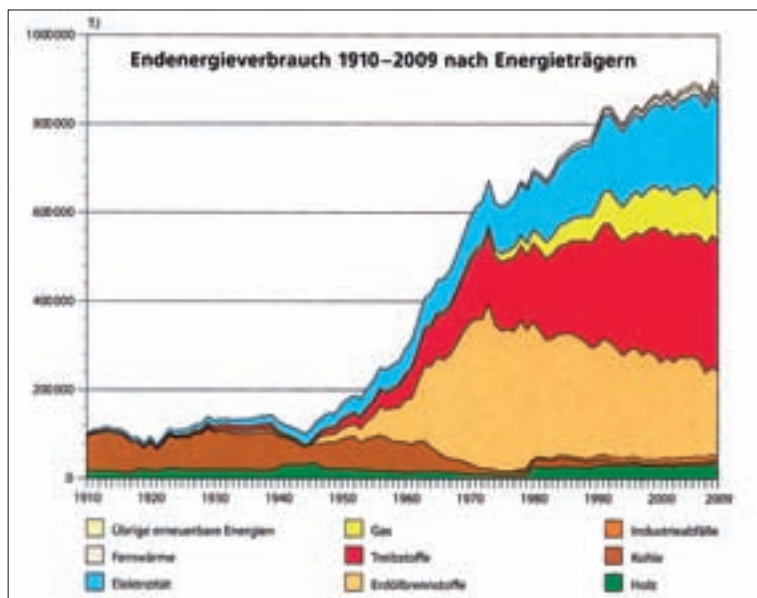
Schweizerischen Pfadistiftung, dass die Stiftung in den letzten Jahren 50 Lagerplätze aus dem Angebot habe streichen müssen. Das entspricht einem Achtel der insgesamt verfügbaren Plätze. Andreas Dummermuth, der das Lagerplatzverzeichnis führt, bemerkt, dass nebst den Plätzen in Agglomerationen auch solche in abgelegenen Gebieten immer mehr verschwinden. Auch dies ist ein Hinweis, dass es wegen der Masseneinwanderung in der Schweiz immer enger wird!



Umweltschäden durch Kampfstoffe

(dapd) Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des Vietnamkriegs beginnen Vietnam und die USA nun gemeinsam mit der Beseitigung der Umweltschäden durch das Entlaubungsmittel Agent Orange. Die USA hatten diese dioxinhaltige Chemikalie während des Kriegs versprüht, um den Truppen des damaligen Kriegsgegners Nordvietnam den Schutz durch die Wälder zu nehmen. In einem ersten Schritt sollen nun Orte saniert werden, an denen die Amerikaner damals das Gift lagerten. In einer

Erklärung der amerikanischen Botschaft hiess es, das vietnamesische Verteidigungsministerium werde zunächst das Gebiet um den Flughafen Danang nach nicht explodierter Munition absuchen lassen. Dann werde man gemeinsam damit beginnen, das Dioxin aus dem Boden zu entfernen. Die Dioxinverseuchung gehört zu den anhaltenden Hinterlassenschaften des Krieges. Dioxin ist hochgiftig und gilt als krebserregend. Es wird auch für Fehlbildungen bei Neugeborenen verantwortlich gemacht.



**Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau.
Jetzt Unterschriften sammeln!**

Die SVP auf Abwegen!

Die Zeitung 20 Minuten titelte «Maulkorb für SVP-Kandidat». **SVP-Fraktionschef Caspar Baader** wird von der Baslerbieter Wirtschaftskammer als Ständeratskandidat unterstützt. Die Wirtschaft zahlt dem SVP-Mann eine ganze Werbekampagne. Was auf den ersten Blick so «toll» tönt, sieht bei genauer Betrachtung sehr viel anders aus. **Ihm wurden die mehreren zehntausend Franken für die**

Ständeratskampagne nur zugesprochen, weil er sich verpflichtete, nicht mehr gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU zu wettern.

Nicht genug damit, dass die SVP gemäss mehreren Insiderkreisen versucht, mit «tollen Angeboten» Leute von andern Parteien anzulocken. Hier verleugnet offenbar der schweizerische SVP-Fraktions-

chef sogar seine Meinung, um von der Wirtschaft, die das Gegenteil der SVP-Forderung will, Geld zu erhalten. Wer demnach gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU wettet, der ist für Ausländerabbau und gegen das massive Wirtschaftswachstum! So sehen dies jedenfalls wir Schweizer Demokraten. Deshalb ist Caspar Baader im **Baselbiet** auch nicht für den National- oder Ständerat wählbar.

Für den Nationalrat gibt es im Baselbiet die gradlinige und unbestechliche Alternative mit der SD-Liste 9 und für den Ständerat wählen wir unseren Präsidenten, Einwohnerrat Josua M. Studer!

SD-Redaktion

Anderswo gelesen: In der Zeitung «Der Sonntag», vom 14. August 2011, schrieb René Schäfer (kein SD-Mitglied) aus Suhr:

Zuerst die Arbeitsplätze der Abzocker ins Ausland verlagern

«Nun soll also die Arbeitnehmerschaft mit Lohnkürzungen und längeren Arbeitszeiten bei gleichzeitig massiven Preisaufschlägen (Energie, öffentlicher Verkehr, neue/höhere Gebühren) sowie geringeren Steuerabzügen (Pendlerpauschale) dafür sorgen, dass sich die Abzockerelite dieses Landes weiterhin eine jährlich um über 10 Prozent steigende Lohnsumme, garniert mit exorbitanten Boni, gönnen kann. Vielleicht sollten wir die Arbeitsplätze jener Genies, die solche Forderungen stellen, zuerst ins Ausland verlagern. Das schafft Platz für Leute mit neuen, innova-

tiven Ideen für Produkte, die sich trotz der Frankenstärke exportieren lassen und den guten Ruf der Schweizer Wirtschaft, Qualität zu liefern, wiederum ins Ausland tragen. So wie das vor 30/40 Jahren der Fall war. Aber eben, damals hatten wir eine Führungselite.»

Gratulation zu dieser Feststellung, der wir Schweizer Demokraten uns nur anschliessen können. Soeben sind die neuen Lohnstrukturdaten erschienen. **Da ist unter anderem zu lesen, dass die oberen Zehntausend ihre Löhne im vergangenen Jahr stark «steigern» konnten,**



währenddem die Löhne der kleinen und mittleren Arbeitenden stagnierten oder nur ganz leicht stiegen. Die Boni-Ausschüttungen dagegen fliessen munter weiter! Und der Mann, der das mit seiner

Anti-Abzocker-Initiative bekämpft, wohnt im Kanton Schaffhausen. Es ist **Thomas Minder**. Aber die Behandlung seiner Volksinitiative wurde in den Eidgenössischen Räten von der FDP, SVP, BDP und der CVP bewusst bis nach den Wahlen hinausgezögert, damit diese Parteien nicht öffentlich zum Thema Stellung nehmen müssen.

Deshalb empfehlen die SD im Kanton Schaffhausen, Thomas Minder in den Ständerat zu wählen!

SD-Redaktion

Avenir Suisse verdreht alles

Einmal mehr spielt obige Organisation wieder eine fragwürdige Rolle. **Sie behauptet, dass die zu tiefen Mieten, die wir bezahlen, schuld seien an der Wohnungsnot.** Avenir Suisse würde am liebsten sämtliche Markteingriffe, den Mieterschutz und alle Subventionen abschaffen, wie sie mittels einer «Studie» erklärte. Sie behauptete, dass drei von vier Zürchern zu tiefe Mieten bezahlen würden. Und viele von uns bewohnten gemäss Avenir Suisse auch zu grosse und luxuriöse Wohnungen.

Die Schweizer Demokraten halten dazu fest: **Da sei doch wohl die Frage gestellt, wie jemand mit 4000 oder 5000 Franken Monatslohn noch höhere Mieten zahlen soll.** Zudem stellen wir in den grossstädtischen Agglomerationen immer mehr eine Verdrängung der Mieter mit eher bescheideneren Löhnen fest. Aber nicht nur Mieter, auch Hausbesitzer werden immer mehr weggedrängt! **Weshalb ist das wohl so? – Natürlich, weil auf Druck der Wirtschaft und der Re-**

gierungsparteien immer mehr Ausländer in unser Land gelassen werden. Die Schweiz ist überfüllt! Wir haben zu viele Menschen auf engstem Raum im Land. Und diese Einwanderer sind zunehmend unsere Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt, egal ob jemand eine Wohnung mieten oder ein kleines Häuschen kaufen will. Wir Einheimischen werden immer mehr verdrängt.

Die Einwanderung erzeugt also das Wohnungsproblem! Deshalb muss man mit der SD-Stabilisierungsinitiative die Einwanderung stoppen.

SD Redaktion

SD 
Schweizer Demokraten

Ausländeranteile, der Euro und...

Frankreich habe ein Ausländerproblem, lamentieren französische Politiker. **Aber Frankreich hat «nur» 8,5% Ausländer.** Nun, vielleicht haben sie noch etwas mehr Schwarzarbeiter als wir in der Schweiz. **Unsere Schweiz ist bereits bei einem Ausländeranteil von 24,9% angekommen.** Und vermutlich haben wir viel mehr Ausländer eingebürgert als die meisten EU-Länder. Wenn ein Land überfremdet ist, dann die Schweiz. Und trotzdem ist es in den Augen der Regierungsparteien rassistisch, wenn man sich dagegen zur Wehr setzt. Man vergleiche: **Das Einwandererland USA hat einen Ausländeranteil von 13,5%. Ein regelrechtes Paradies aber ist Finnland mit 4%.** Aber auch noch in Österreich lässt es sich leben mit 14%. Und unsere Nachbarn in Deutschland liegen bei einem Anteil von 9%. In Deutschland beschweren sich immer mehr Menschen dar-

über, dass die besten Fachkräfte in die Schweiz abwandern würden und stattdessen «billige» Polen und Türken einwandern. Das schwäche die Wirtschaft Deutschlands. Recht haben sie mit dieser Bemerkung. **Im Gegenzug pilgern ja jetzt massenweise Schweizer nach Deutschland, nicht um dort zu arbeiten, sondern um vom angeblich günstigen Euro zu profitieren.** Damit schwächen sie unseren einheimischen Detailhandel und setzen so auch viele unserer eigenen Arbeitsplätze aufs Spiel. Und viele dieser Schweizer Euro-Pilgerer rechnen nicht die Zeit und das Benzin hinzu, das sie brauchen.

Wenn man nämlich eine Gesamtrechnung macht, ist Einkaufen in Deutschland plötzlich nicht mehr billiger als in der Schweiz!

SD-Redaktion

Verdichtetes Bauen – die Lösung(?) für die Wachstumsfanatiker



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Es ist unbestritten – es wird eng in unserem Lande; und die Kosten für die Bewältigung der Engpässe steigen ins Unermessliche.

Soeben wird bekannt, dass allein der Ausbau des Bahnhofs Bern 1,8 Milliarden Franken kosten soll. Und die neue Tramlinie von Ostermundigen nach Schlieren bei Köniz soll im hohen dreistelligen Millionenbereich zu stehen kommen. – Immer weiteres Bauernland und sogar Forste (Waldstadt im Bremer!) sollen dem Baumoloch in den Rachen geschleudert werden. Und trotz der boomenden Bauwirtschaft sollen pro Jahr 10'000 Wohnungen fehlen; dies natürlich als Folge der ungebremsten Zuwanderung.

Um die legendäre Bandstadt Genf-Romanshorn zu vermeiden, sollen in Zukunft höhere Häuser nach dem Muster von Singapur, Dubai oder New York die Städte prägen, die letzten Grünflächen in Städten und Dörfern sollen «genutzt», stärkere Nutzung der vorhandenen Wohnflächen erzwungen werden. Denn schliesslich soll unser Volk dank der vertraglich gesicherten Personenfreizügigkeit im EU-Raum und entsprechend den Wünschen unserer Wirtschaftsführer und Spitzenpolitiker weiter wachsen und bald die Grenze von 10 Mio. Menschen überschreiten. Erst dann soll – nach der Meinung eines Spitzenbeamten des Bundes – über allfällige Zuwanderungsbegrenzungen gesprochen werden! – **Da drängt sich doch die Lösung des verdichteten Bauens, das heisst die Reduzierung des Lebensraumes für jeden einzelnen Mitbürger geradezu auf! Ein riesiges Potenzial zur Unterbringung weiterer Menschenmassen bietet sich geradezu an.** Verständlich, dass diese Möglichkeit von Vertretern der Avenir Suisse, der Hochfinanz und der Banken mit Begeisterung aufgenommen wird.

Und die Kehrseite!

Es scheint wirklich, dass man aus der Geschichte nichts lernen will.

Wir haben sozusagen vor unserer Haustüre ein hervorragend belegtes Beispiel, mit welchen Folgen zu rechnen ist, wenn die Menschen um ihre Intimsphäre – das heisst um ihren natürlichen Erholungsraum gebracht, wie die Kaninchen in Verschlagen zu vegetieren gezwungen werden.

Ich denke dabei an das Schicksal des Stadtstaates Rom. Dort wurde exemplarisch vorgelebt, wohin die Missachtung der echten Bedürfnisse der Menschen in Bezug auf ihren Lebensraum führen.

In der Zeitenwende wurde die Stadt durch den Zustrom fremder Völkerschaften (Sklaven und Hilfskräften) chronisch überschwemmt. Parallel dazu ging der Verlust von Moral und Sittlichkeit der einheimischen Bevölkerung.

Die Fruchtbarkeit der Frauen ging zurück; massenhaft wurden weibliche Neugeborene umgebracht, die Sexualität wurde des tieferen Sinnes beraubt und zur reinen Verlustierung missbraucht, die Familien zerfielen, die Kleinkriminalität und der Drogengebrauch explodierten. Die andauernde Zuwanderung von volksfremden «Arbeitsklaven» sorgte für die Aufrechterhaltung des Bevölkerungsdrucks. Im Buch von Eckart Knaul – ROM – Weltmacht biologisch gesteuert – lesen wir: (Zitat) *Mit der Zunahme der Bevölkerung in Rom, verstummen die Mitteilungen der Schriftsteller über die Eheflucht nicht mehr. Plutarch schreibt: «Selbst die Armen ziehen keine Kinder mehr auf», und Seneca spricht aus, was alle dachten: «Zu heiraten und Kinder zu bekommen, damit entweder unser Name nicht untergeht, um sichere Erben zu haben oder gar als Stütze und Versorgung im Alter ist vollends das Allerdümmste!» – Die Ehen waren aber nicht nur durch willentliche Geburtenbeschränkung unfruchtbar, sondern auch durch die bei zunehmendem Rummangel überall in der Natur nachlassende Fortpflanzungskraft. Beispielhaft sind die höchsten Kreise, in denen viele Ehen ohne Erben blieben, aber auch das Kleinbürgertum war nicht geburtenstark. Aus Tausenden von Inschriften geht hervor, dass die Verstorbenen keine Nachkommen hatten. Eine Mutter mit drei Kindern war eine grosse Seltenheit und wurde daher vom Kaiser ausgezeichnet. (Ende Zitat!)*

Wenn die Frau ihre biologisch vorgegebene Zweckbestimmung verliert!

Hören wir, was der historische Forscher zu diesem Thema zu sagen hat:

Die Frau findet die Erfüllung ihres Lebens in ihren Kindern. Die Aufgabe des Mannes liegt dagegen im Erwerb, in der Versorgung der Familie mit den notwendigen Gütern. Er ist nicht wie die Frau in erster Linie Geschlechtswesen. Seine Bedeutung besteht in dem, was er leistet, im Beruf, in der Öffentlichkeit, in seiner Arbeit. Er leidet wohl erheblich unter einem zunehmenden Populationsdruck, wird aber nicht primär in seinem innersten Wesen getroffen.

Wie sagte doch schon Schiller im «Lied von der Glocke»:

*Der Mann muss hinaus ins feindliche Leben,
muss wirken und streben
und pflanzen und schaffen,
erlisten, erraffen,
muss wetten und wagen,
das Glück zu erjagen.*

*Und drinnen waltet
die züchtige Hausfrau,
die Mutter der Kinder,
und herrscht weise
im häuslichen Kreise,
und lehret die Mädchen
und wehret den Knaben
und regt ohn' Ende
die fleissigen Hände.*

Wer wollte in Abrede stellen, dass wir in unserer heutigen Gesellschaft schon meilenweit von diesem Idealbild entfernt sind. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten, das gleichzeitige Absinken der Geburtenraten auf unter 1,4 (Erhaltungsbedarf 2,1), die erschreckend hohe Scheidungsziffer und der Verlust der natürlichen Autorität sehr vieler Männer sind Alarmzeichen, die eigentlich nicht übersehen werden dürften.

Hierzu meint der Historiker: *Die Änderung der weiblichen Position in der Gesellschaft beruht allein auf dem jedem Mitglied dieser Gesellschaft zur Verfügung stehenden individuellen Raum. Sie ist, wie im Tierversuch nachgewiesen – nicht abhängig vom Nahrungsangebot, also nicht vom Wohlstand des Volkes oder dem*

materiellen Reichtum seiner Bürger. So kann bei einem armen Volk mit reichlich Raum die Frau in hohem Ansehen stehen, während sie in einem reichen, aber unter Platzmangel leidenden zum reinen Lustobjekt herabsinkt (wie das bei den Römern der Fall war und auch heute nicht unbekannt ist!).

Die Frau muss nach den Gesetzen der Natur in einem überbevölkerten Gebiet ihre Fruchtbarkeit weitgehend ablegen. Das Ehepaar ist nicht mehr stolz auf eine möglichst grosse Kinderschar, um die es einst alle beneideten, nein, jetzt fürchtet es den Kinderreichtum und beneidet jene, die ohne Kinder bleiben. **Die Gesellschaft wird kinderfeindlich!**

Wo stehen wir?

Die wenigen Hinweise mögen genügen, um die Fragwürdigkeit der gegenwärtigen Politik aufzuzeigen. Der stolze Staat der Römer brach zusammen, als die Folgen der angedeuteten Entwicklungen voll zum Tragen kamen.

Wir Schweizer stehen im ersten Drittel der verhängnisvollen Entwicklung, wobei die Scheidungshäufigkeit längst epidemische Ausmasse angenommen und für die psychische Gesundheit der kommenden Generationen Schlimmes befürchten lässt. Die emanzipierten Frauen helfen beim Zerstören des Frauen- und Mutterbildes kräftig mit; die verunsicherten Männer entgleisen oft, wie dies die allzu zahlreichen Familiendramen unwiderleglich beweisen. Die Patchwork-Family und die moderne Definition der Familie = «jene, die sich aus dem gleichen Kühlschrank verpflegen», entsprechen eben in keiner Weise den biologisch angelegten Eigenschaften des Menschen.

Es fragt sich, ob wir wohl noch rechtzeitig aufwachen werden, um sich unserer Vorfahren als würdig zu erweisen und den Staat «Schweiz» vor der Überbevölkerungslawine zu retten. Die Alternative lautet:

Untergang der freien Schweiz!

So gesehen sind die verschiedenen aktuellen Volksbegehren zur Bremsung der Einwanderung resp. für eine bewusste Bevölkerungspolitik im Dienste der Lebensqualität von existenzieller Bedeutung für unser Land und Volk.

Inflation trifft vor allem die ärmeren Leute, Rentnerinnen und Rentner und den Mittelstand

Am 6. September 2011 hat die Schweizerische Nationalbank beschlossen, mit «unbeschränkten» Käufen den Euro auf Fr. 1.20 anzuheben. Eurokäufe hat die Nationalbank schon früher mit wenig Erfolg getätigt, nur war damals der Euro noch nicht in diesem Zerfallszustand.

Inflationsgefahr

Wenn nun die Schweizerische Nationalbank derart Geld druckt und Euro kauft, wird dies unweigerlich zu einer Inflation führen. Darin sind sich alle Bundesratsparteien einig. Doch bei einer Inflation gibt es nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner. So erstaunt es nicht, dass Christoph Blocher am 18. August 2011 in «10 vor 10» sagte: «Man sollte eine Inflation in Kauf nehmen.» Dies erinnert an seine Abstimmungsempfehlung zur Personenfreizügigkeit: «Man sollte es wagen.»

Die Gewinner

Bei einer Inflation gehört der Staat zu den Gewinnern (siehe USA). Die



Auslandschulden vermindern sich mit einer tieferen Währung. Zu den Profiteuren gehören auch die Eigentümer von Sachwerten wie die Aktionäre oder die Wohneigentümer. Bei Immobilienbesitzern steigen in der Regel auch die Hypothekenzinsen, wobei sich der reale Wert ihrer Hypotheken vermindert, sodass am Ende einer Inflati-

onsperiode die Wohneigentümer mit kleineren Schulden dastehen.

Die Verlierer

Zu den grossen Verlierern gehören die Arbeitnehmer, obwohl dies die Sozialdemokraten noch nicht begriffen haben. Die Lohnindexierung, also die Anpassung der Leistungen an die Inflation, findet in

der Regel nicht alle Jahre statt. Die Löhne hinken der Inflation hinterher. Noch schlechter geht es bei einer Inflation den Rentenbezüglern der zweiten Säule. Ihnen droht eine Entwertung der monatlichen Rente. Grosse Verlierer sind auch die Besitzer von Sparheften, da sich deren Guthaben ebenfalls laufend entwertet. Diese Wertverminderung findet statt, wenn die Inflationsraten in Prozenten höher sind als die Verzinsung auf dem Sparheft. Man spart und hat am Ende des Jahres real weniger als zu Beginn.

Fazit

Die Intervention der Schweizerischen Nationalbank, also «auf Teufel komm raus» Euro zu kaufen, erzeugt Inflation zu Lasten der ärmeren Leute in unserem Land.

Erfreulich

Es ist erfreulich, dass die Schweizer Demokraten (SD) die Gefahr einer Inflation erkannt haben und damit den «kleinen» Bürger schützen.

Kurt Koller, Lichtensteig

Literatur zur Sache

Aufbruch im Paradies

von Philipp Löpfle und Werner Vontobel.

Zuwanderung sichert den wirtschaftlichen Erfolg des Landes, sagen liberale Ökonomen. Die Linke begrüsst zwar die multikulturelle Erneuerung durch Immigranten, fürchtet aber Lohndumping und Arbeitsplatzverlust. Die populistische Rechte bespielt das Thema mit Überfremdungsängsten, warnt vor Islamisierung und Terrorismus. Politische Grabenkämpfe ver-

unsichern die Bevölkerung. Was nun? Eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse der Zuwanderung zügelt emotionsgeladene Diskussionen.

Doch Zahlen allein, wissen die Autoren Philipp Löpfle und Werner Vontobel, überzeugen selten, wenn Ängste dominieren. Sie nennen die Probleme beim Namen: Wohnungsnot, sinkende Einkommen für den Mittelstand, Zersiedelung des Landes, immer längere Verkehrsstaus,

Englisch als Umgangssprache in Schweizer Unternehmen.

Aus: Bulletin Nr. 61

Schluss mit dem Wachstumswahn

Für eine radikale Abkehr von der Wachstumsideologie plädiert das bewährte Autorenteam Urs Gasche und Hanspeter Guggenbühl im neuen Buch «Schluss mit dem Wachstumswahn». Das zur Religion erhobene Wirtschaftswachstum zerstört nicht nur die Natur, sondern lässt sich in den Industriestaaten nur noch durch eine «Ver-

schuldungsorgie» aufrechterhalten. Die Autoren analysieren jedoch nicht nur kompetent die Absurdität von Energieverschleiss und modernem Finanzkapitalismus, sondern schlagen auch eine ganze Reihe von Lösungen vor, die aus der Wachstumssackgasse herausführen.

Aus: Heimatschutz

SD: Gebt unseren Kindern wieder Schweizer Namen!

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung: Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später).



Luzern-Innerschweiz: Höck im Rest. «Tribtschen», im kleinen Saal, Kellerstrasse 25a, Luzern. Jeweils am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr. Es ist immer jemand da!



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am 27. Oktober ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende

des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt neu in der «Sportbar» an der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



Kanton Baselland



Nicht jammern, anders wählen!

Ob links, ob rechts, Schweiz zuerst!

Liste 9

www.schweizer-demokraten.ch

national - umweltbewusst - sozial

Unterschreiben Sie die SD-Initiative

«Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

www.stabilisierungs-initiative.ch

Referendum gegen den ER-Beschluss Geschäft 3942A vom 14.09.2011, für jährlich CHF 55'000.- Mehrkosten, EBM-Ökostrom zu subventionieren.

Die Unterzeichnenden, in der Gemeinde Allschwil wohnhaften stimmberechtigten Personen verlangen gestützt auf § 121 des kant. Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970, dass der Einwohnerratsbeschluss vom 14.09.2011, betreffend Mehraufwand für Subventionierung von Ökostrom, der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Nur stimmberechtigte Personen mit Wohnsitz in Allschwil!

Politische Gemeinde: 4123 Allschwil Auf dieser Liste können nur in Allschwil Stimmberechtigte unterzeichnen

Nr.	Name und Vorname (handschriftlich und leserlich)	Jahrgang	Strasse und Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder wer bei einer Unterschriftensammlung betrieht oder sich bestechen lässt, macht sich nach Artikel 281 bzw. 282 des schweizerischen Strafgesetzbuches strafbar.

Dem Referendumskomitee gehören an: Die Einwohnerratsmitglieder Josua M. Studer Burgfelderstrasse 10 Allschwil, H.P. Tschui Hölleweg 8 Allschwil, René Imhof Grabenmattweg 61 Allschwil, Pascale Uccella-Klauser Mursmattweg 116 Allschwil, Cedric Roos Himmelreichweg 5 Allschwil, Simon Zimmermann Baselmattweg 157 Allschwil, Liane Klausner Baslerstrasse 176 Allschwil, Susanne Studer Burgfelderstrasse 10 Allschwil und Landrat Roman Klausner Baslerstrasse 176 Allschwil.

Referendumserklärung: Der ER-Beschluss Geschäft 3942A vom 14.09.2011 ist abzulehnen

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbögen senden Sie an das Referendumskomitee „gegen das EBM-Sponsoring“ c/o Josua M. Studer Burgfelderstrasse 10 4123 Allschwil oder c/o H.P. Tschui Hölleweg 8 4123 Allschwil oder übergeben Sie diese einem der oben aufgeführten Referendumskomiteemitglieder. Das Referendumskomitee ist für die Einholung der Unterschriftenbeglaubigung besorgt.

Weitere Unterschriftenbögen erhalten Sie an obigen Adressen oder im Internet unter www.sd-allschwil.ch oder www.svp-allschwil.ch



Referendumsschluss ist der Montag 24. Oktober 2011 17.00 Uhr

Volksinitiative Öko-Energie-Projekte für Allschwil

Die Unterzeichnenden, in der Gemeinde Allschwil wohnhaften stimmberechtigten Personen verlangen gestützt auf § 122 des kant. Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970, dass die Einwohnergemeinde Allschwil in lokale, innovative Projekte für erneuerbare Energiegewinnung investiert und Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreift, um nachhaltige Energiepolitik zu betreiben.

Nur stimmberechtigte Personen mit Wohnsitz in Allschwil!

Datum der Publikation im amtlichen Publikationsorgan: 30.09.2011

Politische Gemeinde: 4123 Allschwil Auf dieser Liste können nur in Allschwil Stimmberechtigte unterzeichnen

Nr.	Name und Vorname (handschriftlich und leserlich)	Jahrgang	Strasse und Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder wer bei einer Unterschriftensammlung betrieht oder sich bestechen lässt, macht sich nach Artikel 281 bzw. 282 des schweizerischen Strafgesetzbuches strafbar.

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, die Initiative mit der Mehrheit seiner Stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: Die Einwohnerratsmitglieder Josua M. Studer Burgfelderstrasse 10 Allschwil, H.P. Tschui Hölleweg 8 Allschwil, René Imhof Grabenmattweg 61 Allschwil, Pascale Uccella-Klauser Mursmattweg 116 Allschwil, Cedric Roos Himmelreichweg 5 Allschwil, Simon Zimmermann Baselmattweg 157 Allschwil, Liane Klausner Baslerstrasse 176 Allschwil, Susanne Studer Burgfelderstrasse 10 Allschwil und Landrat Roman Klausner Baslerstrasse 176 Allschwil.

Initiativeserklärung: Die Einwohnergemeinde Allschwil soll in lokale, innovative Projekte für erneuerbare Energiegewinnung investieren und Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreifen, um nachhaltige Energiepolitik zu betreiben.

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbögen senden Sie an das Initiativkomitee „Öko-Energie-Projekte für Allschwil“ c/o Josua M. Studer Burgfelderstrasse 10 4123 Allschwil oder c/o H.P. Tschui Hölleweg 8 4123 Allschwil oder übergeben Sie diese einem der oben aufgeführten Initiativkomiteemitglieder. Das Initiativkomitee ist für die Einholung der Unterschriftenbeglaubigung besorgt.

Weitere Unterschriftenbögen erhalten Sie an obigen Adressen oder im Internet unter www.sd-allschwil.ch oder www.svp-allschwil.ch

Medienmitteilung der Allschwiler SD und SVP

zum Einwohnerratsbeschluss für CO₂ und atomfreien Strom vom 26. September 2011

Die Schweizer Demokraten Allschwil und die Schweizerische Volkspartei Allschwil, haben ein Referendum gegen einen Einwohnerratsentscheid vom 14. September 2011 und eine Initiative zur Förderung von lokalen, innovativen und nachhaltigen Projekten zur Gewinnung von erneuerbaren Energien ergriffen.

Referendum gegen Ökostrom-Subventionen

Mit dem Einwohnerratsbeschluss vom 14. September 2011, soll die Gemeinde Allschwil nur noch CO₂ und atomfreien Strom bei der Elektra Birseck Münchenstein (EBM) beziehen. Für diese Mehrleistung besteht keine messbare Gegenleistung. Der ökonomische Nutzwert hat symbolischen Charakter. Mit dem steuerfinanzierten Aufpreis von über 10%, leistet Allschwil der EBM einen Förderbeitrag für erneuerbare Energien. Konkrete Investitionen will die EBM aber erst dann angehen, wenn die Wirtschaft und Privatkunden massiv nach diesen deutlich teuren Produkten nachfragen (siehe Jahresbericht EBM 2010).

besserung der Energieeffizienz in der Gemeindeverwaltung und den Gemeindebetrieben planen und umsetzen. Wir sind dafür, Steuergelder in Energieeffizienz und Ökoproyekte zu investieren, aber in konkrete Vorhaben mit nachweisbarem Nutzwert, hier in Allschwil! Diese Forderung steht nicht im Widerspruch zur Abschaltungs-Resolution des KKW Fessenheim. Im Gegenteil. Mit konkreten Projekten und Massnahmen in der Gemeinde bestätigen wir die entsprechenden strategischen Zielsetzungen des Gemeinderates und bekräftigen den politischen Willen des Einwohnerrates für nachhaltige und ökologische Investitionen. Deshalb wollen wir, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in diesen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess mit einbezogen werden. Durch das Referendum und die Initiative ist dies möglich.

Referendums- und Initiativbögen

Auf den Websites der **SD-Allschwil** und **SVP-Allschwil** ist das Referendum und die Initiative downloadbar.

Fragen und Kontaktangaben

Wünschen Sie noch weitere Informationen oder planen Sie ein Interview mit uns, so kontaktieren Sie uns bitte.

Josua M. Studer, SD-Einwohner-rat und SD-Kantonalpräsident, Tel. 079 415 33 03, studer@brummi.ch
H. P. Tschui, SVP-Einwohner-rat und Fraktionschef, Telefon 079 209 40 00, hp.tschui@bluewin.ch

Gemeinderat und Einwohnerrat wollen ab 2012 mit CHF 55'000.- pro Jahr ungebundenem Mehraufwand die Ökostrom-Strategie der EBM subventionieren.

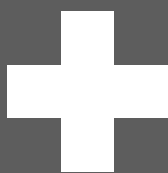
Diesem Beschluss wurde zu Grunde gelegt, dass die Gemeindeverwaltung und -Betriebe künftig ausschliesslich Co₂- und atomfreien Strom beziehen. Die Absicht ist ökonomisch unvernünftig und die Begründung irreführend, weil

- Ökostrom physisch nicht geliefert werden kann.
- Der EBM-Strommix aus der Steckdose unverändert zu 60% aus Wasserkraft und zu 40% aus Kernkraft stammt.
- Die jährlichen Stromkosten der EG Allschwil damit um über 10% verteuert würden.
- Atomfreier Strom für Allschwil eine spekulative Zukunftsvision ist.

Deshalb keine Steuergelder für symbolisches Ökostrom-Sponsoring, sondern konkrete und nachhaltige Öko-Investitionen in Allschwil!

Die Einwohnergemeinde Allschwil projiziert und realisiert innovative und nachhaltige Projekte zur Gewinnung von erneuerbaren Energien und trifft Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in der Gemeindeverwaltung und den Gemeindebetrieben. Neben der energietechnischen Wirksamkeit haben solche Vorhaben ökonomisch angemessenen Nutzwertserwartungen zu entsprechen. Darunter ist beispielsweise zu verstehen:

- Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen Feuerwehrmagazins zur Stromerzeugung und Akuspeicherung für die Feuerwehr
- Solaranlage zur Erzeugung von Warmwasser für die Gemeindeverwaltung
- Stromsparmassnahmen in bestehenden Gebäuden der EG Allschwil
- Energieeffiziente Strassenbeleuchtung

**Kanton Zürich****national****umweltbewusst****sozial****Liste 25****Wirtschaftsfilz durchbrechen, eine neue Kraft wählen ...**

- ▶ **Übervölkerung stoppen, Personenfreizügigkeit endlich kündigen!**
- ▶ **mehr Schutz für Natur und Landschaft, Verbetonierung stoppen**
- ▶ **Vorrang für Schweizer bei Wohnungen, Arbeitsstellen und Studienplätzen**
- ▶ **Starker Sozialstaat für Schweizer statt Geldverschleuderung ins Ausland**
- ▶ **Günstige Wohnungen erhalten und der Spekulation entziehen**
- ▶ **Existenzsichernde Löhne für alle statt Milliardenprofite für wenige**
- ▶ **Vorrang unserer Gesetze vor fremdbestimmtem "Völkerrecht", kriminelle Ausländer sofort wegweisen!**
- ▶ **der Islamisierung und Afrikanisierung ein Ende setzen**

... die Initiative gegen Übervölkerung unterschreiben!

Es wird eng in der Schweiz. Allein in den letzten 10 Jahren hat die Bevölkerung wegen der Masseneinwanderung um 500'000 Personen zugenommen. Jeden Tag wird fruchtbares Land in der Grösse von ca. 15 Fussballfeldern überbaut und damit unwiederbringlich zerstört. Trotzdem herrscht immer Wohnungsknappheit, und trotz allen Sparmassnahmen wächst der Energieverbrauch ständig. Hinzu kommen überfüllte Züge, verstopfte Strassen... Es ist höchste Zeit, diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten, mit der neuen Volksinitiative «Stabilisierung der Gesamtbevölkerung».

Holen Sie sich jetzt den Unterschriftenbogen auf www.schweizer-demokraten.ch!

**Nicht jammern –
anders wählen!**

Liste 25**Das Testament – Die letztwillige Verfügung***Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten*

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD

Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11

schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten, Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, wenden: rudolf.keller@bluewin.ch

Rückfall in den Feudalismus?

Mit Entsetzen nehmen die Schweizer Demokraten (SD) zur Kenntnis, dass ein ehemaliger Zürcher Regierungsrat der grössten Partei der Schweiz in der «Weltwoche» unverblümt dafür eintritt, dass nur noch BürgerInnen mit einem gewissen Mindestvermögen oder «von einem gewissen Stand» das Stimm- und Wahlrecht haben sollen. Damit würde wohl etwa die Hälfte der EidgenossInnen – vom hochwohlhüllichen alt Regierungsrat locker als Habe- und Taugenichtse bezeichnet – vom Stimmen und Wählen ausgeschlossen.

Die Schweizer Demokraten protestieren gegen diesen frontalen Angriff auf die Demokratie. **Nicht Geld, Besitz und Habgier, sondern Heimatliebe, Gleichheit und Freiheit der Eidgenossinnen und Eidgenossen sind der zentrale Wert der Eidgenossenschaft.** Es stellt sich die Frage, ob der besagte alt Regierungsrat in den Reihen der



angeblich schweizerisch-patriotischen SVP eine unschöne Ausnahme ist oder ob insgeheim noch mehr hohe Repräsentanten der grössten Regierungspartei unseres Landes damit liebäugeln, den Feudalismus wieder einzuführen. Wir fordern die Schweizerische Volkspartei dazu auf, diesbezüglich Klarheit zu schaffen, sich öffentlich von solchen Forderungen zu distanzieren und sich von Trägern eines solch antidemokratischen Gedankenguts zu trennen.

*lic.iur. Christoph Spiess,
Gemeinderat, Zürich*

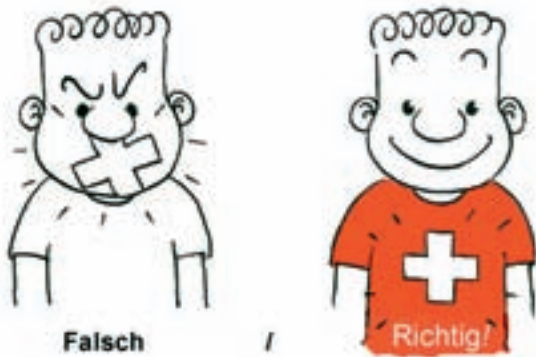
Alles über die Nationalratswahlen und unsere neue SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung unter www.schweizer-demokraten.ch



Kanton Bern

Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011
www.schweizer-demokraten.ch

Zurück zu einer stolzen Schweiz

**SD** 
Schweizer Demokraten

SD – wählt das Original.

Liste 16

Unsere Väter und Mütter schufen die stolze, eigenständige, wirtschaftlich erfolgreiche Schweiz. Heute ist die Führung schwach (ein Bundespräsident entschuldigt sich sogar bei einem irren Diktator). Das Mittelland wächst zu einer überfüllten und überfremdeten Grossagglomeration zusammen. Wir wollen wieder eine stolze, weitgehend von Schweizern bewohnte Schweiz. Dafür kämpfen die SD (früher NA) seit 50 Jahren. Milliarden-Garantien an die EU, Millionen in die Boni-Töpfe der Banker – da sagen wir Nein.

Gegen die schrankenlose Einwanderung – für soziale Anliegen – für vernünftigen Umweltschutz**Einwanderungsbedingte Überbevölkerung stoppen**

In nur einem Jahrzehnt hat die Wohnbevölkerung der Schweiz um eine halbe Million Menschen zugenommen. Jeden Tag werden über 15 Fussballfelder wertvolles Kulturland verbaut. Jedes Jahr wandert die Bevölkerung der Städte Biel und Thun zusammen in die Schweiz ein. Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigender Energieverbrauch und Umweltbelastung sind die Folge. Wir wollen keine Grossagglomeration im Schweizer Mittelland im Stile Hongkongs. Deshalb starteten wir die Volksinitiative «für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung».

Wir fordern:

- Eine ausgeglichene Wanderungsbilanz zwischen der Schweiz und dem Ausland
- Kündigung der bilateralen Verträge über die Personenfreizügigkeit mit der EU

Kein schleichender EU-Anschluss – keine Milliarden für den EU-Schulden-Schwindel

Das zentralistische antidemokratische Bürger-Bevormundungs-Projekt EU wird scheitern – dennoch liebäugeln viele Schweizer Politiker nach wie vor mit dem EU-Beitritt. Wir sagen dazu klar Nein. Es ist auch dumm und falsch, als Nicht-EU-Mitglied für marode EU-Schuldenstaaten einzustehen.

Boni-Exzesse stoppen – Grossbanken regulieren

Die Grösse unserer Grossbanken stellt für die Schweiz ein unkalkulierbares Risiko dar, das (siehe Island und Irland) das ganze Land gefährden kann. Kein Banker hat irgendwas aus der Finanzkrise von 2008 gelernt. Deshalb: Grossbanken regulieren.

Lohn- und Boni-Exzesse bei Banken und andern Unternehmen gehen unverblümt weiter; derweil die Kaufkraft des «kleinen Mannes» inflationsbedingt sinken wird. Die SD unterstützen deshalb die «Abzocker-Initiative» (Minder-Initiative). Wir befürworten Mindest- und Höchstlöhne.

Fukushima – Konsequenzen ziehen

Jetzt wissen wir es: etwa alle 25 Jahre fliegt ein AKW «in die Luft». Nicht erst seit «Japan» sind die SD atomkritisch. Die Gefahren von AKWs sind für Mensch, Gesundheit und Lebensraum derart gravierend, dass Konsequenzen heute und jetzt angezeigt sind. Wie in Deutschland sollten wir die alten AKW (Mühleberg und Beznau I und II) abstellen.

Asylwesen – wir können nicht halb Afrika aufnehmen

Nicht Europa und schon gar nicht die kleine Schweiz kann das Überbevölkerungsproblem Afrikas lösen. Die Gutmenschen wollen die Tore öffnen. Dann haben wir wieder einen unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen. So geht's nicht! Deshalb: Schluss mit dem Laisser-faire in der Asylpolitik.

Votum von Stadtrat Robert Meyer (SD) vom 18. August 2011

Tempo 30 auf Hauptstrassen

Ich habe ein gewisses Verständnis für Tempo 30 in Quartieren und Fussgängerzonen. Wir sprechen hier aber von Hauptverkehrsachsen. Ich kann mir den Vorstoss von Leyla Gül nur so erklären, dass fanatische Nichtautofahrer den Autofahrern das Leben schwer machen wollen, indem sie sie zu flächendeckender Schleicherei in der ganzen Stadt zwingen. Die Verkehrssituation auf den Hauptstrassen ist sehr unterschiedlich. Manchmal hat es viel Verkehr, dann kann man nicht schneller als 30 fahren; manchmal hat es wenig Verkehr, dann macht Tempo 30 keinen Sinn.

Ich möchte nicht den Rasern das Wort reden und bin auch dafür, Raserexzesse hart zu ahnden. Ich habe es persönlich gern ein wenig flott – ich bin persönlich nicht Autofahrer, aber hie und da mit dem Motorrad unterwegs. Unsere Strassen wurden gebaut, um zügig von A nach B zu gelangen. Es kann nicht sein, aus solchen Strassen nun Wohlfühllosen machen zu wollen – das werden sie nie. Man will einmal mehr das, was man seit 30 Jahren will, nämlich die Autos aus der Stadt vertreiben. Und dies gelingt seit 30 Jahren nicht. Die Autos sind immer noch da und stauen sich halt. Es wird behauptet, der Verkehr laufe dann besser. Das stimmt nicht. Das Zentrum von Köniz ist ein anderer Fall. Wir sprechen hier von Strassen, bei denen der Verkehr nicht so dicht ist, und dann läuft der Verkehr keineswegs flüssiger, wenn man mit 30 in der Gegend rumschleicht. Weiter wird die Umweltbelastung angeführt. Das stimmt erst recht nicht. Es ist überhaupt nicht so, dass die Umweltbelastung tiefer ist, wenn die Autos im Stau stehen oder schleichen. Es wird die Verkehrssicherheit angeführt: Sie ist im Stadtverkehr bereits sehr hoch. In den 60er-Jahren gab es noch viele Unfälle. In den letzten 20 Jahren bin ich allerdings nie mehr an einen Verkehrsunfall geraten. Ob es Unfälle gibt, hängt nicht davon ab, ob die Leute mit 30 oder mit 50 km/h fahren – sondern davon, ob die Leute konzentriert sind und aufpassen.

Es ist eine Bevormundung des Bürgers. Für mich ist der Autofahrer ein erwachsener Mensch. Es besteht im Verkehrsgesetz die Generalklausel: «Die Geschwindigkeit

ist den Umständen anzupassen.» Ein erwachsener, vernünftiger Mensch kann sich daran halten. Ihm muss man nicht vorschreiben, mit Tempo 30 rumszuschleichen. Ich habe mir die Frage gestellt, ob dies nun der schlimmste oder bloss der zweitschlimmste Vorstoss ist, den ich in meiner Zeit im Stadtrat erlebt habe. Es ist schwer zu beurteilen. Quintessenz: Die Verkehrsidiotie Marke Bern würde bei Annahme dieses Vorstosses einen neuen Tiefpunkt erreichen. (Stadtrat hat mit 39 zu 29 zugestimmt.)

Postulat von Stadtrat Robert Meyer (SD) vom 18. August 2011 (Votum)

Zu hohe öV-Preise

Mit dem Postulat fasse ich einen bestimmten Teil der Kundschaft von Bernmobil ins Auge. Die Situation ist die: Regelmässige Tram- und Bus-Benutzer besitzen sicherlich ein Libero-Abo, das mit 700 Franken durchaus einen angemessenen Preis hat. Das ist für die, die es täglich brauchen, ein fairer Preis. Es gibt aber auch Menschen, die grundsätzlich ein Auto haben und es brauchen – entweder, weil sie beruflich darauf angewiesen sind, oder weil sie ab und zu gerne weitere Strecken fahren –, die sich aber daneben hie und da in der Stadt bewegen wollen. Solche Menschen stellen sich sicher die Frage, ob sie das Auto oder ob sie Tram oder Bus benutzen sollen. Diese Menschen stellen sich die Frage vielleicht umso mehr, wenn sie eines Tages nur noch mit 30 km/h durch die Stadt fahren können. Diese Menschen stellen einen gewissen Preisvergleich an. Es ist dann ernüchternd, wie teuer der öV ist: Man zahlt Fr. 2.20 für eine Kurzstrecke und Fr. 3.80 für eine mittlere oder längere Strecke. Zum Vergleich: Will ein Ehepaar mit Kind irgendwo hin und zurück, sind das sechs Mal Fr. 3.80, also über 22 Franken, nur um ein wenig Tram zu fahren. Mit 22 Franken könnte man einen Tank schon für eine ziemlich lange Fahrt füllen. Es ist mir klar, dass beim Auto

Fortsetzung Seite 12

Zu hohe öV-Preise*Fortsetzung von Seite 11*

noch Fixkosten dazukommen. Wenn man aber sowieso ein Auto hat, macht man sich diese Überlegung weniger und vergleicht einfach die Benzin- mit den Tram- und Buskosten. Diese sind aus der Sicht des Einzelnen einfach zu hoch.

Zum allgemeinen Kostendeckungsgrad: Es ist klar, dass der öV fast nirgends auf der Welt kostendeckend ist. In der Stadt Bern haben wir aber einen europaweit fast einmaligen Kostendeckungsgrad von 65 Prozent. In vielen anderen Städten ist er viel tiefer, das heisst: Die Öffentlichkeit übernimmt diese Kosten. Es wäre nicht schlimm, wenn der Kostendeckungsgrad ein wenig sinken würde. Es geht wie gesagt nur um eine Teilklientel – der grösste Teil der

Leute fährt mit einem Libero-Abo. Häufig folgt der Hinweis, andere Städte seien auch nicht billiger. Das ist ein Standardargument. Abschliessend: Der öV wird stets über den Klee gelobt und propagiert. Man will die Autos nicht mehr in der Stadt. Dann soll man den Worten aber auch Taten folgen lassen. Das heisst, man soll den öV auch für den nur gelegentlichen Benutzer zu einem attraktiven Preis anbieten. Es macht keinen Sinn, den öV verbal in den Himmel zu heben, dann aber den Leuten nur sehr teure Billette anzubieten. Das schreckt gewisse Leute ab. Deshalb bitte ich darum, das Postulat anzunehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab (12 Ja, 48 Nein).

Wege zur besseren Verwendung von radioaktiv verstrahlten Gebieten

Um die Menschen und Nutztiere zu schützen, muss man die stark radioaktiv verstrahlten Gebiete sanieren. Eine Atombombe hat etwa 20 kg spaltbares Material und zerstört eine Stadt durch die Hitze und durch eine Druckwelle. Die mit Atombomben zerstörten japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki wurden rasch wieder aufgebaut.

Atomkraftwerke (AKW) haben im Reaktor Brennstäbe mit etwa 200 Tonnen = 200'000 kg spaltbarem Material. AKW können daher grosse Gebiete für längere Zeiträume verstrahlen.

Es gibt viele Gebiete, die verstrahlt sind: Das Bikiniatoll im Pazifik; ein Atomwaffentestgelände der USA; Winscale in England. Der Ort wurde in Sellafield umbenannt; das sowjetische Atomwaffentestgelände Novaya Zemlya; eine Insel im Nordmeer; eine atomare Brennstofffabrik in Sibirien; Tschernobyl in der Ukraine; Fukushima in Japan. usw.

Die Atomindustrie hat viele Leichen im Keller, die man sanieren muss. Am besten kann man verstrahlte Gebiete sanieren, wenn man Natio-

nalparks mit Kernzonen schafft. In den Kernzonen der Nationalparks, den stark verstrahlten Gebieten, ist der Zutritt für Menschen und Nutztiere verboten. Nur Forscher (Befugte) dürfen die Kernzonen betreten. Damit wären Menschen und Nutztiere geschützt. Wildtiere, die in den stark verstrahlten Kernzonen leben, werden nicht durch Menschen gestört.

Die Atomindustrie ist ein grosser Energieverbraucher. Die Nutzenergie (die elektronische Stromproduktion) der AKW ist weltweit kleiner als 0,5% der in der Welt verbrauchten Primärenergie (Kohle, Erdöl, Erdgas, Biomasse, Wasserkraft, Windenergie usw.). Deutschland und Österreich haben eine grosse Industrie, die Personenkraftwagen (PKW) und Lastkraftwagen (LKW) produziert. PKW und LKW sind grosse Energieverbraucher. Mit dieser Fahrzeugindustrie kann man Energie (elektrischen Strom und nutzbare Wärme) produzieren, wenn man Biogasanlagen mit Blockheizkraftwerken (BHKW) baut.

*Mario Montanaro**(aus «Ökoenergie», Aug. 2011)*

Alter schützt vor Torheit nicht!

In der «NZZ am Sonntag» vom 28. August hat sich die emeritierte Rechtsprofessorin und alt Nationalrätin Susanne Sandoz als bedauernswertes Opfer des Alters geoutet. Die einst so intelligente Frau gab Dummheiten von sich wie

- Abnehmendes Wachstum bedeutet den Tod; oder
- Es gibt keine Alternative zur Zunahme der Bevölkerung in der Schweiz.

Wir wollen diese beiden Aussagen näher betrachten.

Wachstum ist in jedem biologischen und sozialen Organismus ein zeitlich begrenzter Zustand, der nach Ausschöpfung der natürlichen Gegebenheiten zwingend aufhört. Dabei ist es eine falsche Vorstellung, dass dieses Aufhören an einem Tage X schlagartig eintreten würde. Vielmehr vermindert sich das Wachstum schleichend bis zur Erreichung eines +_ stabilen Zustandes, in dem ein Gleichgewicht zwischen den wachstumsrelevanten Ressourcen und den bremsenden Folgen des Wachstums (biologisch, räumlich, ökologisch) erreicht ist.

Wird dieser Gleichgewichtszustand durch irgendwelche Massnahmen ausgehebelt, kann das Wachstum bis zum fast abrupten Zusammenbruch des Systems weitergehen.

Gewiss ist, dass es auf der materiellen Ebene kein unbegrenztes Wachstum geben kann, da wir in einem limitierten System leben.

Nun zur ersten Behauptung, dass abnehmendes Wachstum – also keineswegs eine permanent ins Negative gehende Entwicklung, sondern lediglich eine Verminderung der Zunahme (des Wachstums!), den Tod bedeute.

Die Beweisführung von Frau Sandoz ist derart abwegig, dass hier der Satz gilt:

– Die Aussagen sind derart falsch, dass auch die Behauptung des Gegenteils falsch ist!

Die zweite Behauptung – es gebe keine Alternative zur Zunahme der Bevölkerung in der Schweiz – widerspricht jeglicher Erfahrung. Die Bevölkerung kann abnehmen, sich in einem dynamischen Gleichgewicht befinden oder eben zunehmen. Die andauernde Zunahme



der Bevölkerung – selbst wenn diese z.B. nur 0,2% (siehe Initiative der Ecopop) wäre, führt schliesslich auf allen für die Lebensqualität relevanten Gebieten zu katastrophalen Zuständen.

Andauernd entstehende Zwänge zum Ausbau der Infrastruktur, zur Verbetonierung immer weiteren Kulturlandes, zur Entwicklung des medizinischen Angebots für stressbedingte psychisch Kranke usw., führen zur Verschuldung der Gemeinschaft und zum Verlust der individuellen und nationalen Freiheit.

Zuzugeben ist, dass gewisse aktuelle Verteilprobleme in einer Wachstumsphase leichter zu lösen sind als in einem dynamischen Gleichgewicht oder in einer Schrumpfungphase. Gleichzeitig aber werden die immer schwerer wiegenden Nachteile der ökologischen Überlastung der Nation und ihres Raumes in geradezu verbrecherischer Art und Weise den kommenden Generationen zugeschoben.

Aber: Nach Prof. Al Bartlett ist es das grösste Drama der Menschheit, dass sie das Wesen der Exponentialfunktion nicht versteht! Und da macht Frau Sandoz offenbar keine Ausnahme!

Wem die Aufgaben einer Stabilitätspolitik zu schwierig erscheinen, dem soll gesagt sein, dass Naturgesetze nicht unfähigen Politikern zuliebe abgeändert werden können. Das gilt auch für Sie – Frau Sandoz! Meine Empfehlung lautet deshalb:

- **Schuster bleib bei deinen Leisten – und das heisst für Sie, Frau Sandoz,**
- **bleiben Sie bei der Juristerei – davon verstehen Sie offenbar noch immer sehr viel.**

Hans Spitz, Köniz

Bist Du gegen die Einwanderung, Übervölkerung und Überfremdung? Hast Du schon Unterschriften gesammelt für die SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau?

Sammele jetzt oder verteile Bögen in deinem Dorf oder deiner Stadt!

Unter www.schweizer-demokraten.ch kannst Du die Bögen runterladen. Du kannst aber auch einfach anrufen und gratis Bogen bestellen unter der Telefonnummer 031 974 20 10. Oder Du kannst den Bestellbogen auf der letzten Seite einsenden.



Neiryck: Les salves du crépuscule

Le mondialiste manipulateur Jacques Neiryck, dans un article publié dans le quotidien «LE TEMPS» du 9 septembre 2011 et intitulé «pour son bien-être, la Suisse doit rester une terre d'immigration», s'obstine à faire accroire, chiffres à l'appui, que ce pays qu'il considère comme le sien (la bonne blague!) doit continuer à accueillir des kyrielles démentielles d'immigrés chaque année pour assurer la pérennité de son bien-être matériel. Jusqu'à le comparer à l'Australie qui elle a bien la vocation de l'être. Il feint d'ignorer soigneusement, afin de corroborer son argumentation spécieuse, la surface (congrue) constructible et habitable (38%) de ce pays de 41'284 km²! C'est-à-dire 15'688 km², ce qui a pour conséquence de multiplier par 3 la densité démographique réelle de la Suisse qui n'est plus de 188 habitants au km² comme on veut nous le faire croire, mais bien de près de 550 habitants, toujours par km²!

A titre comparatif, la HOLLANDE (P-B) très peuplée et en raison de sa topographie particulière totalise 400 personnes au km².

L'AUTRICHE (relief identique à la SUISSE) 83'871 km²: 98 habitants officiellement au km².

Quant à la NORVÈGE (15 hab. au km²) elle totaliserait 185 millions d'habitants avec la même densité que la Suisse (celle des 38%).

Deux fois la population de l'ALLEMAGNE plus celles de la HONGRIE et de la BELGIQUE réunies! A ma connaissance, les niveaux de vie de la NORVÈGE et de l'AUTRICHE sont parfaitement comparables au nôtre.

Désormais, pourquoi, alors qu'il menace d'exploser, cet acharnement à vouloir remplir ce pays davantage? Le bétonner (1m² à la seconde), mélanger sa population, éradiquer ses traditions, occulter son histoire, escamoter ses origines, désintégrer son identité, etc... 45'000 naturalisations chaque année (125'000 en 2006 pour l'Allemagne qui totalise 83 millions d'habitants!) Et, enfin, solde migratoire net (déductions comprises) de la SUISSE (chiffres de 2008) 73'000 personnes (un canton du JURA supplémentaire!) Par comparaison: 410'000 immigrés (1999-2004) pour la FRANCE (moyenne



92'000) qui compte 8 fois plus d'habitants que la SUISSE et dont le niveau de vie s'apparente assez au nôtre également.

La démagogie mondialiste (socialo-capitaliste) s'exprime ici sans pudeur et sans fard. Il faut que ce pays une certaine réussite qu'on ne lui pardonne pas (...) Il a dorénavant l'insigne honneur de servir de laboratoire aux expériences de métissage forcé le plus abject et criminel. Afin d'y parvenir totalement, l'hydre mondialiste s'arqueboute sur le chantage démagogique qui flatte les instincts les plus vils de l'être. Cela marche toujours. Il n'est que de relire les pages si instructives et visionnaires du livre prophétique d'Arthur Moeller van den Bruck (1876- 1925): «LA REVOLUTION DES PEUPLES JEUNES» pour s'en convaincre, si besoin était: «Afin de circonvenir les hommes (qu'il voulait aider par ailleurs, reconnaît-il).» Il (Marx) les a pris par leurs appétits tout à fait grossiers, matériels et quotidiens. Dans toute son œuvre (celle de Marx), il n'y a pas une seule parole d'amour pour les hommes: on y voit flamboyer comme des brûlots des explosions de haine, de vengeance, d'esprits de représailles.

«La conception matérialiste de l'Histoire qui conteste à l'esprit sa souveraineté, fait passer les valeurs de l'esprit après toutes les autres et les tient dans la dépendance de la matière, aboutit assurément, pour ce qui est de son idéal politique, à une société socialiste après la réalisation de laquelle l'humanité n'a désormais pour tâche unique que de veiller à la régularité de sa digestion. On reconnaîtra un jour que la grande indignité du XIXème siècle aura été d'avoir fait de l'estomac la mesure de l'humain.»

La Suisse terre d'immigration? Bien sûr que non! Ce malheureux pays est tout bonnement envahi par des vagues pléthoriques d'immigrés désireux de multiplier par

4, 5 et plus leurs salaires. Encouragés en cela par «ECONOMIE SUISSE» et Cie, véritables fossoyeurs du pays, ils créent par leur seule présence les emplois qu'on leur attribuera afin de construire les logements qu'ils occuperont, de nouvelles écoles pour leurs enfants, toujours plus de supermarchés etc... etc... Les suisses verront, impuissants, leur territoire et leur patrimoine disparaître définitivement sous le béton et leur identité pulvérisée sous les coups de boulot du métissage forcé. Ce sont là

les buts inavoués de personnages maléfiques, d'imposteurs et de malfaiteurs protéiformes qu'incarnent si bien, aujourd'hui encore, des spécimens du type Jacques Neiryck, candidat à 80 ans et pour la énième fois au Conseil national où il pourra continuer à sévir impunément contre cet infortuné pays.

«L'idéal du bien vivre est une manie d'époque déclinante.»


(E.-M. Cioran)

Pierre-Maurice Vernay, Secrétaire DS canton de Vaud, Remaufens

SUISSE LIBERE-TOI !

**Demain
L'ordre nouveau**

**ACTION NATIONALE
LISTE N° 3**

DS 
Action Nationale
Démocrates Suisses VD

C.P. 437
1001 LAUSANNE
CCP 10-4942-8

Bulletin officiel pour l'élection du 23 octobre 2011 au Conseil national

Action Nationale Démocrates Suisses VD

- 03.01 Gurtner Robert, Auteur-compositeur, fPrésident.DS.VD, Montreux
- 03.02 Rodriguez Chantal, Ménagère, Lausanne
- 03.03 Dupont Bruno, Délégué comité central/DS, Lausanne
- 03.04 Vernay Pierre-Maurice, Secrétaire DS/VD, Remaufens
- 03.05 Jacot Guillarmod Blaise, Caissier DS/VD, Domdidier
- 03.06 Vernay Marguerite, Membre comité vaudois, Remaufens

Election du Conseil national dans le Canton de Berne

Pas de résignation, votez suisse!

Le visage politique de la Suisse entre 2011 et 2015 sera défini le 23 octobre. Notre pays est confronté à des problèmes sérieux et lancinants qui réclament des solutions sérieuses et rapides. L'immigration massive en est un. Il n'y a pas un seul pays européen hormis la Suisse dans lequel la population étrangère s'élève à plus de 20%.

Notre pays compte plus de 7,5 millions d'habitants et depuis quelques années l'augmentation étrangère est effrénée (plus de 75'000 personnes par année). Ce ne sont

pas les partis qui dominent aujourd'hui la scène politique qui vont stopper l'immigration. Ils sont rivés à la «croissance économique», leur veau d'or, et y croient dur comme fer. Ils ont conclu de mauvais accords avec l'Union européenne. La position des Suisses dans notre pays, ils s'en moquent.

Tous les jours, nous sommes confrontés à une population étrangère qui est trop souvent inassimilée, inassimilable et fière de l'être. Dans nos grandes villes, il y a qua-

siment des ghettos étrangers. Cela ne peut et ne doit plus durer. Au travail, les Suisses et les Suissesses sont confrontés à une lourde concurrence étrangère. Les employeurs n'en ont cure. Ils ne pensent qu'à leur profit. La loi ne protège pas les Suisses. Il est encore temps de freiner cette politique débridée et malsaine.

Voulez-vous que les Suisses subissent le sort des Indiens d'Amérique? Voulez-vous que vos petits-enfants parlent le turc? Non! Pour cela, il ne faut pas compter sur

l'aide du PS, du PRD, du PDC, du PBD ou des Verts. Ils ne voient pas ou ne veulent pas voir la réalité. Vous voulez que cela change. Il n'y a pas 36 solutions.

Vous souhaitez des voix suisses au Conseil national et voulez des hommes et des femmes qui n'ont pas peur de défendre les Suisses et l'identité suisse. Alors vous devez voter et soutenir uniquement les candidats des Démocrates Suisses (Canton de Berne, liste no 16).

Ronald Lerch, Moutier

Une directive désastreuse qui encourage les criminels

Bienvenue au supermarché de la drogue!

La «Tribune de Genève» rend publique une directive secrète du Procureur général, qui recommande des peines légères, vraiment légères, pour les délinquants. Ce qui explique, en partie, le nombre élevé de dealers sur notre territoire. Selon ces directives, on ne passerait pas au Tribunal de police à moins de 2,5 kilos de haschisch.

Pour des quantités conséquentes de cocaïne ou d'héroïne, on se retrouve avec de simples journaux-amendes. C'est une manière de di-

re: «Bienvenue aux criminels! Messieurs les dealers, venez faire vos emplettes à Genève!»

Le MCG s'insurge contre ce laxisme qui ne correspond pas aux promesses du Procureur général Daniel Zappelli lors de sa campagne. Nous ne pouvons pas permettre que Genève devienne un paradis des dealers et autres criminels. Ces instructions sont à l'image de la politique menée à Genève. Elles démontrent que nous avons plié face au trafic de drogue et que nous

avons fait preuve de laxisme envers ces individus.

En revanche, pour l'automobiliste ou le citoyen ordinaire qui commet une petite erreur, nos institutions n'ont aucune pitié. On distribue les peines les plus lourdes pour les honnêtes gens, qui eux déclarent des revenus et peuvent être lessivés au maximum.

Le Procureur général Daniel Zappelli a été élu pour mener une autre politique, ferme envers les délinquants. C'est ce qu'il avait pro-

mis aux électeurs. Il doit s'écarter de la ligne laxiste que suivent actuellement et cautionnent secrètement l'Entente (PLR et PDC) alliée à l'UDC, pour rejoindre la ligne du bon sens. Une ligne que le MCG a toujours suivie: fermeté envers les dealers.

Mauro Poggia,
vice-président du MCG, Genève
Carlos Medeiros,
vice-président du MCG, Genève
Pascal Spuhler,
vice-président du MCG, Genève

Absurdité du sacrifice des soldats européens en Afghanistan

Les islamistes sont incrustés en Europe et vont se répandre de plus en plus. Que font les armées européennes? On les envoie le plus loin possible... On détourne ainsi l'attention des citoyens des véritables menaces dont ils font l'objet.

Les berceaux du terrorisme islamiste, sont à Londres, au Caire, avec de nombreux relais partout en Europe-Méditerranée. Le principal problème n'est pas le terrorisme islamiste, mais l'islamisme rampant qui prépare la charia en Europe via la substitution démographique afro-musulmane avec la complicité du capitalisme-gauchisme. Européens: 1 enfant par femme, Afro-musulmans en Europe: 3 enfants par femme. Chaque soldat occidental qui se fait charcuter à 5000 kilomètres d'une Europe en voie d'occupation est une tragédie. La police ne suffit plus. Il faut engager nos armées pour libérer les banlieues et les quartiers occupés, avant que nos armées ne soient in-



filtrées par les islamistes aux échelons supérieurs (comme cela commence en Belgique via la «discrimination positive», de même que tous les secteurs sensibles de l'économie et de l'informatique. Les pires islamistes vivent au milieu de nous, déguisés en costume-cravate, avec statut de cadre.

Libérer nos quartiers, cela signifie incarcérer toute la racaille dans des camps de travail dans les Alpes, en Sibérie ou en Guyane (environ 500'000 individus pour la France) pour une durée de 1 à 30 ans selon la gravité et la somme des crimes

commis, puis expulsion définitive de l'Europe et organiser l'inversion sélective des flux migratoires avec effet rétroactif sur une nationalité européenne acquise depuis 30 ans (environ 7 millions de personnes pour la France). Les AfroMaghrébins restants seront ceux méritant de s'assimiler à l'Europe sur les plans culturels et ethniques.

16 millions d'Allemands ont été expulsés de leurs terres entre 1944 et 1950, avec 2.1 millions de victimes et des centaines de milliers de filles et de femmes violées, ainsi que des millions de Polonais déplacés de force durant la même période pour occuper les espaces purgés d'Allemands. Sans parler des 5

millions d'Ukrainiens affamés à mort entre 1928 et 1933 par les communistes. Ces crimes de vainqueurs n'ont jamais fait l'objet de poursuites officielles, contrairement aux crimes nazis. Rappelons encore qu'un million d'Européens et de Séfarades ont été chassés d'Algérie en 1962 en l'espace de quelques semaines.

Il n'y a donc rien de choquant à inverser, de façon la plus humaine possible, sans génocide, sans viols de masse, les flux migratoires qui déstabilisent l'essence-même du continent européen en voie de barbarisation et d'islamisation. L'Afrique aux Africains, l'Europe aux Européens.

Boris Castel

DS**Démocrates
Suisses**

Leserbriefe**Nachdenkliches dazu**

Mit jedem Bauernbetrieb, der in unserem Lande verschwindet, egal ob Klein oder Gross, geht für jeden Menschen in diesem Land ein Stück gedeckter Tisch verloren und zwar an der Basis, dies sollten wir uns stets bewusst vor Augen halten. Der Bauer ist nach der gottgegebenen Fruchtbarkeit der Erde die erste und mitunter wichtigste Arbeitskraft in unserer Nahrungskette (Die Bäuerinnen, Knechte und Mitarbeiter natürlich eingeschlossen!).

Manchmal fällt mir dazu der Vergleich zu einer Schachpartie ein. Da werden die «Bauern» zugunsten der mächtigeren Figuren geopfert, um gegen Ende eines Spiels feststellen zu müssen, dass sie einem ach doch so «arg» fehlen. Der Vergleich ist so falsch nicht zur Realität. Wir opfern oft das Einfache aber Lebensnotwendige zugunsten von Luxus (Handys, Computer, iPhones, iBooks), egal wie viel Geld wir dafür ausgeben. Sollten wir jedoch wieder einmal in eine Krise

der gröberen Art geraten, dann nützen uns all diese Dinge herzlich wenig, wenn es ums Überleben geht.

Nahrung als Basis sollte im eigenen Lande geschützt werden, genauso wie historische Bauten, geistiges Kulturerbe usw.

Ich habe vor dem Berufsstand des Bauern die grösste Hochachtung; höhere noch als vor Bankern wie Grübel, Ackermann und Konsorten! Die machen sich zwar auch oft die Hände schmutzig, aber die Früchte, die sie hieraus ernten, teilen sie kaum mit anderen. Der Bauer macht sich die Hände jeden Tag schmutzig, arbeitet sie wund, rau und rissig, bei Hitze und Kälte, täglich von früh bis spät, nichts von «work from 9 to 5», damit wir alle leben können.

Dies sollte uns nicht nur in schlechten, sondern auch in guten Zeiten der Wirtschaft immer bewusst sein. Und dies gilt zuletzt nicht für jedes Land dieser Erde.

Jörg Frey, Teufen

Wie weiter im Handelskrieg mit den USA?

US-Firmen geniessen in der Schweiz absolute Rechtssicherheit. Weder sind sie permanent im Fadenkreuz spitzfindiger Ermittler und Richter, noch kassieren sie exorbitante Bussen. Bei den Schweizer Firmen in den USA besteht jedoch eine ganz andere Situation. «Bashing Switzerland» (auf die Schweiz einschlagen) hat dort Tradition. Allein ABB, UBS, ZFS, CS, Novartis und Lonza zahlten in den letzten 12 Monaten zusammen über 2 Milliarden Dollar für Bussen oder Vergleiche. Weitere Klagen befinden sich in der Pipeline, wie US-Behörden genüsslich melden. Den Grossbanken UBS und CS wird immer von neuem der Prozess gemacht, weil sie amerikanischen Staatsbürgern geholfen haben, Steuern zu hinterziehen. Hingegen akquirieren amerikanische Banken in Florida und Delaware nach wie vor ausländisches Schwarzgeld, ohne dass die sonst so rührige US-Justiz tätig wird. Amerikanische Banken tun das, wofür unsere Banken dort drakonisch bestraft werden. Dieses Verhalten zeugt von einer hinterhältigen Doppelmoral. Den US-Behörden geht es nur darum, unsere Grossbanken als unliebsame Konkurrenten zu bekämpfen und Geld zu generieren. Die Raubzüge auf

unsere Firmen als Form von amerikanischem Protektionismus haben nun eine Eigendynamik erreicht, die es zu stoppen gilt. Aber wie? Unsere unterwürfige Landesregierung ist dazu nicht in der Lage. Es gäbe aber eine Lösung: Wir erheben unter grossem internationalen Medienrummel Klage gegen die USA wegen Diskriminierung unseres Landes und zwar sowohl in Amerika als auch bei der OECD. Das US-Gericht würde die Klage mit Sicherheit hohnlachend abweisen. Die OECD würde sich (anders als bei einer Aktion gegen die Schweiz!) in Anbetracht der Macht Amerikas als nicht zuständig erklären. Unsere Landesregierung müsste ferner – was sie aber bestimmt nicht tun wird – die Bussen als Entwicklungshilfe für die maroden USA deklarieren. Die Beträge werden von unserer ordentlichen Entwicklungshilfe sowie unseren Beiträgen an internationale Organisationen abgezogen. Es wäre die Aufgabe der USA, mit den Bussgeldern aus der Schweiz mehr Entwicklungshilfe zu leisten und internationale Organisationen zu finanzieren, anstatt Kriege zu führen, deren hauptsächliches Resultat Tote, Verletzte und horrenden Kosten sind.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Nicht Inflation erzeugen – Importgewinne abschöpfen!

Von überall her wird die Nationalbank bedrängt, massenhaft Geld zu drucken und so den Franken zu schwächen. Das kann nicht funktionieren. Der Dollar wird trotzdem weiter abbröckeln, weil die USA wegen ihrer sinnlosen Kriege faktisch pleite sind. Der Euro und mit ihm die EU gehen trotzdem unter. Sie sind ganz grundsätzlich eine Fehlkonstruktion, weil sie die Vielfalt von Kulturen und Mentalitäten auf diesem Kontinent missachten. Das Einzige, was die Natio-

nalbank mit der Notenpresse zustande bringen kann, ist eine enorme Inflation und damit die Plünderung der Schweizer Kleinsparer. Statt Geld zu drucken, sollte man ab sofort die Währungsgewinne der Importeure mit einer Steuer abschöpfen und damit direkt die Exporteure und Tourismusbetriebe entlasten. Dann kann (und soll) der Franken ruhig stark bleiben.

*Christoph Spiess,
Gemeinderat, Zürich*

**Raumplanung: Mehrwertabgabe einführen
aber nicht für grossflächige Auszonungsentschädigungen verwenden!**

Die im Artikel 5 des Raumplanungsgesetzes (RPG) vorgesehene Mehrwertabgabe für Planungsvorteile ist bisher nur in den zwei Kantonen Neuenburg und Basel-Stadt umgesetzt worden. Diese gerechte Abgabe für unverdiente Gewinne der Kulturlandbesitzer, welche sie durch Umzonung von Kulturland in die Bauzone einstreichen, muss durch Bundesrecht für alle Kantone verpflichtend verankert werden. Mit den Erträgen aus diesen Abgaben sollen aber nicht im grossen Stil Auszonungsentschädigungen bezahlt werden. Damit kämen ja wieder Landbesitzer, die ohne Aufwand zu

Bauland gekommen sind, zu unverdienten Entschädigungen. Die allermeisten Zonenpläne sind schon vor einigen Jahren von den Kantonen und dem Bund als sogenannte «RPG-konform» abgesegnet worden. Es braucht keine grossflächigen Auszonungsübungen! Der Ertrag der Mehrwertabgabe soll lediglich für punktuelle Entschädigungen (z.B. bei Landschaftsschutzkonflikten) von Eigentumsbeschränkungen, vor allem aber für die qualitative Gestaltung des Siedlungsgebiets, zum Beispiel für Gestaltungspläne, eingesetzt werden.

Alex Schneider, Küttigen

**Diebstahl am Volk:
Hildebrand muss weg!**

Die Schweizer Demokraten (SD) protestieren schärfstens gegen den Entscheid der Nationalbank, für unbegrenzte Milliardenbeträge Franken zu drucken und Euro zu kaufen. Sie kettet damit das Schweizer Volk an die EU-«Titanic». Deren Währung kann ohnehin nicht überleben, weil damit die (erfreuliche) Vielfalt von Kulturen und Mentalitäten auf diesem Kontinent ausser Acht gelassen wird. Die neue Politik der Nationalbank führt zwangsläufig schon bald zu einer verheerenden Inflation, denn eine solche Aufblähung der Geldmenge lässt sich auf keinen Fall «sterilisieren». Damit werden die Löhne der ArbeitnehmerInnen sinken, denn die Unternehmer werden sich schon bald weigern, die Teuerung auszugleichen. Die Pensionskassenguthaben der SchweizerInnen werden schmelzen wie Schnee an der Sonne. Das ist Diebstahl am Volk! Jetzt reicht es – Nationalbankchef Hildebrand und

dessen Mannschaft sollen endlich abtreten.

Wir Schweizer Demokraten (SD) fordern ausserdem eine gründliche Untersuchung, ob Personen, die von der neuen Politik der Nationalbank vor der öffentlichen Bekanntgabe wussten, Insidergeschäfte (Kauf von Euro zwecks Verkauf nach Eintritt des enormen Kursprungs) getätigt haben.

*Christoph Spiess,
Gemeinderat, Zürich*

Usrüefe nützt nüt!

Muesch jetz an d'Seck und Unterschrifte sammle. Stabilisierig und denn Usländerabbou!

Lueg under www.schweizerdemokraten.ch.

(Talon uf dr letschte Zitigssite!)

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»

Es wird eng in der Schweiz!

- ➡ Jeden Tag wird in der Schweiz die Fläche von über 15 Fussballfeldern wertvollen Kulturlandes verbaut...
- ➡ Im Verlaufe der letzten 10 Jahre hat die Bevölkerung explosionsartig um 500'000 Menschen zugenommen...
- ➡ Heute leben schon über 7,8 Millionen Menschen in der Schweiz...
- ➡ Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, übermässige Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Übervölkerung...
- ➡ Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen!

Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“

Im Bundesblatt veröffentlicht am 26. Juli 2011. Die unterzeichneten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a (neu) Stabilisierung der Gesamtbevölkerung

¹ Der Bund trifft Massnahmen gegen die Übervölkerung der Schweiz.

² Er sorgt dafür, dass die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigt. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind von dieser Beschränkung ausgenommen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____	PLZ _____	Politische Gemeinde _____			Kontrolle (leer lassen)
Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag Monat Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	
1					
2					
3					
4					
5					

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Initiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:
Patrick Blöchliger, Gemeinderat, Schwandenholzstr. 161, 8052 Zürich; **Dr. -Ing. Michel Dupont**, chemin de la Clergère 29, 1009 Pully; **Lonny Flückiger-Lehmann**, rue du Stand 14, 2053 Cernier; **Bernhard Hess**, e. Nationalrat, Normannenstr. 45, 3018 Bern; **Rudolf Keller**, e. Nationalrat, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf; **Ruth Krähenbühl-Gerber**, Mittlere Haltenstr. 10, 3625 Heiligenschwendli; **René Kunz**, Grossrat, Breitestr. 14, 5734 Reinach AG; **Robert Meyer**, Stadtrat, Untermattweg 66, 3027 Bern; **Dr. Ing. -chem. ETHZ Dragan Najman**, Grossrat, Mellingerstr. 176, 5400 Baden; **Dipl. Ing. agr. ETH Valentin Oehen**, e. Nationalrat, Köniztalstr. 12, 3098 Köniz; **lic. iur. Christoph Spiess**, Gemeinderat, Mühlezelgstr. 42, 8047 Zürich; **Roland Uhler**, e. Gemeinderat, Paul-Brandt-Str. 48, 9000 St. Gallen; **Lidwina Wiederkehr-Müller**, e. Gemeindeammann, Baldingerstr. 4, 5332 Rekingen AG; **Silvio Zannin**, Langgasse 69, 9008 St. Gallen.

Ablauf der Sammelfrist: 26. Januar 2013

Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)		Amtsstempel
Ort	Datum	
Eigenhändige Unterschrift	Amtliche Eigenschaft	

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden an das Initiativkomitee «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»:
 Postfach 18, 5332 Rekingen AG www.stabilisierungs-initiative.ch